

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Ami Norden 2593 und 2596.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Ami Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Inserate kosten die Nebenseiten 10 Pfennig, die Hauptseiten 20 Pfennig. Kleine Anzeigen des festgesetzten Wortes 30 Pfennig, jedes weitere Wort 15 Pfennig. Die beiseitigen Reklamazeilen 3 M., Teuerungszuschlag 30 Pfennig. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Montag, den 16. Dezember 1918

Nummer 57

Die U.S.P. Berlin für die Nationalversammlung

Das Reichsparlament der Revolution.

Zum ersten Male treten heute die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands im Abgeordnetenhaus zu einer Tagung zusammen. In erster Stunde vereinigen sich die Vertreter der revolutionären Volksschichten zur gemeinsamen Beratung, um das Fundament der Revolution zu befestigen, die revolutionären Gewalten zu konsolidieren und klare Entscheidungen zu treffen in den drängendsten politischen Fragen der Zeit.

Die ersten fünf Wochen der Revolution verstrichen in rastloser Arbeit der überall entstehenden Räteorganisationen, die berufen waren, in das Chaos des neuen Weltens Planmäßigkeit und revolutionäres Zielbewußtsein hineinzubringen. Jetzt gilt es, das Fazit dieser intensiven schöpferischen Arbeit zu ziehen und das vielfach noch verschiedenartige Wirken der A- und S.-Räte zu vereinheitlichen, zu zentralisieren und weiter auszubauen.

Nach wie vor bilden die A- und S.-Räte das Rückgrat der Revolution, zumal in dem jetzigen Augenblick, in dem die bürgerliche Gegenrevolution alle Kräfte aufbietet, um wieder in den Sattel zu kommen und die Früchte der Revolution für sich zu ernten. Vorläufig wagt sich die Reaktion noch nicht offen an die A- und S.-Räte heran. Aber wehe der Revolution, wenn diese Sammelpunkte der proletarischen Kraft, diese Stützpunkte der revolutionären Aktion zertrümmert, wenn die innere Spannkraft der revolutionären Avantgarde unterhöhlt und gebrochen wird. Sammlung und Ausbau der Kräfte, Vereinheitlichung und Zentralisierung der Tätigkeit, Klärung im Innern und weitestgehende Klärung nach außen hin — all dies ist nach wie vor dringende Aufgabe der A- und S.-Räte, die in dem jetzigen Stadium der Revolution das breite, umfassende Fundament bilden, auf dem sich der Massenwille des Proletariats kristallisieren und die Tätigkeit der sozialistischen Parteien entfalten kann.

Am Vordergrund des praktischen Interesses steht noch immer die Sicherung der Revolution. Die bürgerliche Gegenrevolution ist noch nicht entworfen. Sie sammelt ihre Kräfte, indem sie sich geschickt den äußeren Verhältnissen anpaßt und alle ihre Stützpunkte in der Armee und in der Verwaltung ausnützt. Diese Stützpunkte müssen rücksichtslos beseitigt, die Waffen müssen der Gegenrevolution aus der Hand genommen werden. Unsere stärkste Waffe, unser Schutz und Schirm ist freilich das erwachte revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter und Soldaten, die es ihrer großen Masse ablehnen, sich als blinde Werkzeuge des Militarismus mißbrauchen zu lassen. Diese Waffe gilt es zu schärfen, dieses Bewußtsein gilt es klar und voll zu erhalten.

Dieselbe Sicherung der Revolution erfordert den Zusammenbruch aller proletarischen Kräfte in Stadt und Land zur gemeinsamen Abwehr der Feinde, zur gemeinsamen Aktion gegen die kapitalistische Herrschaft, zur gemeinsamen Vorbereitung tiefgreifender sozialistischer Reformen. Die ungeheurer kritische wirtschaftliche Lage erhöht zwar die Tätigkeit, hemmt den unmittelbaren Klassenkampf, verbietet gewagte Experimente. Aber das Ziel: die Sozialisierung des Wirtschaftslebens ist von der Revolution auf die Tagesordnung gestellt und wird nicht abgesetzt werden, solange das Proletariat seine revolutionäre Pflicht erfüllt. Für dieses Wirken die einheitliche Grundlage zu schaffen ist die zweite große Aufgabe der Reichsversammlung der A- und S.-Räte.

Auf politischem Gebiet steht sie vor der nicht minder schwerwiegenden Aufgabe, die Kräfte des Proletariats zusammenzufassen für die große Entscheidungsschlacht um die Erhaltung der politischen Macht. Es gilt, die am 9. November im kühnem Sturmlauf errungene Macht in staatlichen Institutionen, im Rechtsbewußtsein des Volkes zu verankern. Die Fragestellung: Nationalversammlung oder Räteform? bedeutet im Grunde nichts anderes als Mehrheitswillen oder Minderheitsdiktatur? Die Reichsversammlung muß darüber entscheiden, welche Richtung sie der Tätigkeit der

A- und S.-Räte verleihen will: die des intensivsten Wirkens zur Durchsetzung des sozialistischen Mehrheitswillens oder die der bewußten Vorbereitung der Diktatur einer Minderheit.

Eine besondere Rolle wird auf der Reichsversammlung die Friedensfrage spielen. Auf diesem Gebiete feiert die Propaganda und Lügenarbeit des Bürgertums ihre höchsten Triumphe. Die Revolution soll ins Innerste getroffen werden durch die Diskreditierung der A- und S.-Räte als Organe des Friedenswillens des Volkes. Möge das Reich zerrissen, der Feind ins Land gerufen werden, wenn nur die Macht der A- und S.-Räte und der von ihnen gestützten Regierung gebrochen wird.

In dieser Frage muß die Reichsversammlung der bürgerlichen Gegenrevolution eine Generalschlacht liefern. Die Kundgebung des Reichsparlamentes der deutschen Revolution muß noch innen wie nach außen wie eine Kanfare wirken, — wie eine Kanfare, die das Gebell der Späner im Innern überhört und über die Grenzen hinweg an das Ohr der Proletarier aller Länder dringen soll.

Die Reichsversammlung soll endlich durch Wahl des Volksgesetzgebenden Rates der Republik ein Organ schaffen, das mit der nötigen Autorität ausgerüstet, die Einheitlichkeit des Willens der Arbeiter- und Soldatenmassen im ganzen Reich und den zentralistischen Charakter der Revolution verkörpert. Die Ausübung dieser Funktionen durch den Berliner Volksgesetzrat war nur ein Provisorium. Durch die Wahl einer zentralen Exekutive wird die Räteorganisation fester vereinigt und ein Organ geschaffen sein, das die gemeinsame Wirksamkeit des Proletariats im Interesse der sozialistischen Revolution leiten und lenken wird.

Von den rheinischen A- und S.-Räten.

In Rülhheim-Ruhrort sind, einem Telegramm zufolge, die Reichssozialisten aus dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgetreten, nachdem ein Antrag, die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Interessensvertretung der Arbeiterschaft zu betrachten, abgelehnt worden war.

Der Arbeiterrat in Elberfeld faßte einen Beschluß, monoch sämtliche Stadtverordnetenversammlungen sofort aufzulösen und Wahlen unter entsprechender Anwendung der Wahlordnung für die Nationalversammlung für den 1. Januar 1919 anzusetzen seien.

Umschwung in der Ukraine.

Kiew, 15. Dezember. Kiew ist am Sonnabend nachmittags von Truppen des Direktoriums besetzt worden. Schwerere Straßenkämpfe wurden vermieden und die Regierungstruppen entwaffnet. Der Detman dankte ab, das Kabinett ist zurückgetreten. Die Macht ist an das Direktorium übergegangen, bestehend aus Winnitschenko, Feiljura, Samew, Andrejewsky. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung, aufrecht erhalten von Truppen des Direktoriums und deutschen Truppen.

Kiew, 15. Dezember. Zwischen Vertretern des deutschen Oberkommandos und Soldatenrates und Bevollmächtigten des republikanischen Direktoriums der Ukraine ist ein Abkommen geschlossen worden, nach welchem die deutschen Truppen dem Einmarsch von Truppen des ukrainischen Direktoriums in Kiew keinen bewaffneten Widerstand leisten werden; Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe und ungehinderte, schnelle Heimbeförderung der deutschen Truppen sind vereinbart worden.

Keine Internierung der Madajen-Armee.

Wie von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, wird die Heeresgruppe Madajen und die bei ihr befindlichen Teile der 11. Armee und der Heeresgruppe Scholz nicht in Ungarn interniert; ihr Abtransport nach der Heimat ist im Fluß.

Endlich Klarheit!

Die Genossen, die am Sonntag zur Generalversammlung des Berliner Wahlvereins zusammengetreten waren, haben gute und nützliche Arbeit geleistet. Sie haben das politische Notwendige erkannt und ihm klaren Ausdruck gegeben. Sie haben damit die feste Grundlage geschaffen, auf dem ererbliche Parteitätigkeit getan werden kann. Ihr Beschluß wird nicht nur in Berlin, er wird weit darüber hinaus seine Wirkung tun und die so nötige Geschlossenheit der Aktion sichern.

Um die Bedeutung der Entscheidung, die gestern gefällt wurde, klar zu machen, muß man sich bewußt sein, wie sehr die Tätigkeit der führenden Parteigenossen durch die Unklarheit gelähmt war, in der sich die ganze Partei befand. Während unsere Vertreter in der Regierung ihre ganze Kraft einsehen mußten, um die revolutionären Errungenschaften zu sichern und als vorwärts treibendes Element zu wirken, erhoben Genossen innerhalb der Organisation die schwersten Angriffe und verlangten den Austritt unserer Vertreter aus der sozialistischen Regierung. Die Angriffe gingen vor allem von der Spartakusgruppe aus, die zwar längst sich um die Beschlüsse unserer Organisation nicht kümmerte, über eigene Organisationen und eigene Presse verfügte, die vollständige Selbständigkeit ihres Handelns für sich in Anspruch nahm, die aber trotzdem formell die Zugehörigkeit zu unserer Organisation aufrechterhielt, um einen geeigneteren Boden für ihre Agitation zu finden. Sie hatten dabei die mehr oder weniger eifrige Förderung einiger unserer eigenen Genossen.

Dieser Zustand wurde vollends unhaltbar, sobald dadurch die entschiedene Stellungnahme der Partei zum wichtigsten politischen Gegenwartsproblem überhaupt in Frage gestellt schien. Während alle anderen Parteien mit äußerster Energie an die Wahlvorbereitungen gehen, alle Kraft einlegen, um die Volksmassen für sich zu gewinnen, wurde in unsere Organisation der Zwist hineingetragen und über die Frage, Nationalversammlung oder Räteverfassung immer wieder diskutiert. Die politische Entscheidung war längst gefallen. Es unterlag längst keinem Zweifel mehr, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter auf dem Boden der Demokratie und damit auch der Nationalversammlung steht. Es war kein Zweifel möglich, daß alle Soldatenräte, daß die meisten Arbeiterräte die Einberufung der Nationalversammlung forderten. Es war deshalb auch kein Zweifel — und jede Wahl bewies es aufs neue —, daß Widerstand gegen die Nationalversammlung einfach politisch gar nicht in Betracht kam, daß es heißen würde, das Proletariat selbst spalten, den einen Teil der Arbeiterklasse dem andern entgegenstellen, in dem Momente, wo die Einheit der sozialistischen Schicksalsschicksale unbedingt gewahrt werden muß. Statt aber politisch zu handeln, wurde theoretisch diskutiert, und das gerade dort, wo unsere Organisation am schwächsten, ihre politische Betätigung am dringendsten war.

Die Generalversammlung hat den dringend notwendigen Wandel geschaffen. Der Spartakusbund war stark vertreten, seine führenden Redner erhielten ausgiebig Gelegenheit, ihren Standpunkt zu begründen. Die Diskussion war köhlich, frei von aller persönlichen Verehrtheit, die prinzipiellen Gesichtspunkte wurden scharf hervorgehoben.

Und das Resultat? Wir gestehen, wir hatten ihm mit einigen Bangen entgegengesehen. Berlin ist unstrittig die stärkste Position des Spartakusbundes gewesen, die blutigen Vorfälle in der Chausseestraße, die konterrevolutionäre Tatsache, die schmäblichen Treibereien gegen die Berlin Liebesfreundschaft seiner Kritik günstige Stimmung. Die Ungeduld der Massen gegenüber der Fortführung der Revolution, die unjeren Wünschen zu langsam, zu geheimer erscheint, mußte dem Tadel gute Resonanz geben.

Trotzdem! Es hat sich wieder gezeigt, daß, wendet man sich an die Masse der Parteigenossen — und unsere Delegierten sind Vertreter der Masse, mit der sie in unmittelbarer Fühlung stehen, die politische Vernunft und die politischen Notwendigkeiten sich durchsetzen.

Die Revolution der Genossen Rosa Luxemburg, die sich für die Räteverfassung gegen die Natio-

Wahlergebnisse ausdrückt, die den sofortigen Austritt unserer Vertreter aus der Regierung fordert, blieb mit 195 Stimmen in der Minorität.

Dagegen erhielt die Resolution, die Gen. Silferding begründete, 485 Stimmen. Sie spricht aus, daß jetzt die sozialistische Pflicht erfordert, sich mit aller Kraft an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen und alles daranzusetzen, um dem Sozialismus zum Sieg zu verhelfen, sie billigt die Taktik der U. S. B. und erkennt die Notwendigkeit an, durch Teilnahme an der Regierung die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zu wahren.

Diese Abstimmung bedeutet eine Niederlage des Spartakusbundes gerade dort, wo er am stärksten war. Und die Begründung, die die Resolutionen erfahren haben, verstärken diese Niederlage, weil sie keinen Zweifel daran lassen, daß es sich um eine tiefgreifende Entscheidung über die Taktik, über die Trennung der Wege handelt.

Klarheit nach links, aber auch Klarheit nach rechts. Die Unabhängige Partei hat während des Krieges unter dem Belagerungszustand eine schwere, mühevolle Arbeit geleistet gegen die Fälschung des sozialistischen Prinzips, gegen die Kriegspolitik der Bürgerlichen und der Mehrheitssozialisten. Die Arbeit hat reichen Lohn gebracht, sie war die Vorbedingung für den Sieg der Revolution.

Aber unsere Aufgabe ist noch nicht vollendet, wie die Revolution noch nicht beendet ist. Wir vertreten das revolutionäre Prinzip, wir wollen vorwärts treiben, wir wollen vordringen, bis unser sozialistisches Ideal erfüllt, die Klassenherrschaft für immer beseitigt, die Ausbeutung aufgehoben ist. Von links trennt uns die Verschiedenheit der Methode, zum Ziel zu gelangen. Von rechts die Ueberzeugung, daß die Rückföhrung auf die bürgerlichen Parteien, die allzu große Jagdbagigkeit, Bedenkllichkeit eine Gefahr für die sozialistische Revolution bedeutet. Deshalb brauchen wir unsere volle Selbstständigkeit, um ungehemmt, allein nach unserer prinzipiellen Ueberzeugung, den Weg weisen zu können, der vorwärts und aufwärts führt.

Die Generalversammlung hat gezeigt, daß auch die große Mehrheit der Berliner Parteigenossen diesen Weg gehen will. Jetzt gilt es, die kurze Zeit bis zur Wahl mit aller Kraft auszunützen.

Schwer ist unsere Arbeit. Wind und Wetter ist gegen uns. Arm sind wir aus dem Krieg und der Revolution herausgekommen, arm an Zeitungen, ermangelnd des großen Apparats, die den anderen zu Gebote stehen. Aber stark sind wir in der Ueberzeugung, in den schlimmsten Zeiten unsere Pflicht erfüllt zu haben, stark in dem Vertrauen zu unserer Sache, der Sache der Revolution und des Sozialismus!

Gegen die Zerstückung Deutschlands.

Berlin, 14. Dezember. Einem Vertreter des B. L. B. erwiderte der Volksbeauftragte Ebert auf Anfrage über die Stellungnahme der Regierung zu der von rheinischen Kreisen beschlossenen Bildung einer rheinisch-westfälischen Republik:

Die Regierung in Berlin hat volles Verständnis für die Räte der Rheinlande infolge der Befreiung durch feindliche Truppen und ist bereit, Erleichterungen durchzusetzen. Die Besorgnisse wegen der Entwicklung der kirchlichen Frage beruhen mehr auf den Bedürfnissen der Agitation und sind kein Grund zu einer staatlichen Trennung von Preußen, dessen Grundgesetz erst durch eine konstituierende Versammlung geschaffen werden sollen. Man hat sich im Reiche gewöhnt, die Verhältnisse in Berlin unter einem allzu ungunstigen Lichte zu betrachten. Die lärmenden Äußerungen von nicht maßgebenden Sondergruppen werden vielfach fälschlich als Willensmeinung der hiesigen Regierung angesehen, die jedoch allen Widerständen zum Trotz fest auf der Einberufung der Nationalversammlung und der Neuordnung des Reiches auf geschmähter Grundlage beharrt und dabei immer mehr die Unterstützung aller Kreise findet. Auch die Besürchtigungen vor einem durch die jetzigen Berliner Zustände hervorgerufenen finanziellen Zusammenbruch sind weit übertrieben; es geschieht von hier aus jedenfalls alles, um einem solchen entgegenzuwirken. Die Schwierigkeiten, die sich durch die rasche Demobilisierung, die rigorosen feindlichen Maßnahmen, insbesondere die Aufrechterhaltung der verschärften Blockade und die Verkehrsbehinderungen ergeben, ist nicht die Schuld der Berliner Regierung, die sie nach Kräften zu beheben sucht.

Diese Schwierigkeiten müßten sich jedoch durch staatliche Sonderbildungen innerhalb Preußens, die in Gegenrichtung zu Berlin ständen, in jeder Zeit nur vermehren. Dieföhrig entspringen die finanziellen Besorgnisse im Reiche mehr feindlichen Einflüssen, sich durch Absonderungsbestrebungen der Trägung der Kriegskosten, zu entziehen. Versprechungen, die sich natürlich keineswegs verwirklichen lassen.

Nun geht ja der Beschluß zur Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik offenbar von Kreisen aus, die gut deutsch gesinnt (?) sind und mit der Lösung: „Los von Berlin“ keineswegs die Loslösung vom Reiche herbeiföhren wollen. Aber trotzdem können solche Sonderbildungen nicht gebilligt werden. Denn die Feinde lauern auf die Entstehung jedes vermeintlichen Risses im Reichesgefüge, um ihn zu erweitern. Und leicht verstärken sich die Drohungen gegen Berlin zu der Reizung, sich an Bundesgenossen außerhalb des Reiches anzuschließen. Die Reichsregierung hält aber nach wie vor an den durch die Annahme der Grundzüge Wilsons bedingten Grenzlinien des Deutschen Reiches fest; kein Stück deutschen Bodens darf vom Reiche abgetrennt, kein deutsches Land und kein deutscher Volkshamm unter fremde Nationalität oder fremdes Protektorat gestellt werden. Darum sollen alle Deutschen, denen die Zukunft ihres Reiches und Volkes wirklich am Herzen liegt, alles vermeiden, was die Gefahr von Absonderungen und Entfremdungen vom Reiche heraufbeschwören könnte.

Blutige Zusammenstöße in Dresden.

B. L. B. meldet aus Dresden: Bei kommunistischen Ausschreitungen, die sich heute Nacht gegen das Konzerthaus in der Reithofstraße richteten, wo nach Lebensmitteln gesucht werden sollte, kam es zu einem Soldatenstöß mit dem Militär, wobei ein Soldat und ein Zivilist getötet wurden. Der Soldat wurde von einer Frau erschossen, die eine Schußwaffe aus dem Muff von. Außerdem wurden sechs Soldaten und drei Zivilisten verwundet. Hierzehn Personen wurden als Mordbeteiligte verhaftet, die übrige Menge wurde von den Soldaten zerstreut.

Es wäre wünschenswert, wenn recht bald nähere Aufklärungen über diese blutigen Vorgänge gegeben

würde. Die Darstellung des Wolffschen Bureaus läßt nicht klar erkennen, wen die Verantwortung für das Blutvergießen trifft.

Wieder militärische Anmaßungen.

In Spandau erfolgte beim Garde-Grenadier-Regiment Nr. 5 dem „Vorwärts“ zufolge ein Regimentsbefehl, in dem es heißt: Regts.-Befehle werden wie üblich erlassen werden. Die alte Wachvorschrift tritt wieder in Kraft. Posten stehen mit „Gewehr über“ still. Auf stramme Ehrenbezeugungen innerhalb des Kasernements (Kajerne und Hof) ist besonders zu achten. Alle Mannschaften sind darauf aufmerksam zu machen.

Daselbe Blatt gibt die Zuschrift eines Kriegsschädigten wieder, die folgenden Fall mitteilt:

Ich begegnete heute (13. Dezember) in der Snelkenaustraße den aus dem Felde heimkehrenden Truppen des Garde-Riffler-Regiments und ging in freudiger Stimmung mit. Plötzlich, kurz vor dem Halleischen Tor, trat ein Feldwebel aus dem Zuge an mich heran, nahm mir die Wäpfe vom Kopf und rief die rote Kolonne ab. Zwei Artilleristen, die den Feldwebel zur Rede stellen wollten, wurden überfallen und geschlagen. Was geschieht, um die Herren, die sich derartige Anmaßungen herausnehmen, zur Verantwortung zu ziehen?

Aus den besetzten Gebieten.

Aus Köln wird gemeldet: Vom 14. 12. ab wird die nächtliche Straßensperre eingeschränkt und zwar von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens westeuropäischer Zeit.

Eine französische Truppe in der Stärke eines Infanterieregiments rückte jetzt auch in Wiesbaden ein. Der Straßensperre wurde von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten, die Presse unter Vorzensur gestellt.

Aus Mannheim wird gemeldet, daß die Franzosen die dortige Rheinbrücke ganz besetzt und ihren Mannheimer Ausgang durch eine Sandsackbarrikade mit Maschinengewehren gesperret haben, so daß der Straßensperre- und Fußwehrtverkehr unmöglich ist. Der Postverkehr über den Rhein ist gesperrt, Briefe und Zeitungen aus der Pfalz bleiben aus. Den Pfälzer Bauern, welche den gestrigen Markt in Mannheim besuchen wollten, wurden ihre Waren beschlagnahmt.

Ueber die ersten Maßnahmen der französischen Behörden in Metz gehen dem B. L. B. briefliche Meldungen zu, denen wir folgendes entnehmen: Am 30. November veröffentlichte der Kommissar der französischen Republik für Lothringen eine Reihe von Bestimmungen über Schulfragen, die mit demselben Tage in Kraft traten. Danach haben die Schulleiter für einen möglichst erweiterten Unterricht zur Erlernung der französischen Sprache Sorge zu tragen. Als Mindestforderung wird verlangt, daß beim Schreibunterricht als Beispiele französische Wörter zu nehmen sind, ferner das Unterrichts in der Geographie Frankreichs, seiner Kolonien und der der Weltkarte erteilt wird und daß endlich die Kinder mindestens zwei Strophen der Marseillaise zu erlernen haben. Unterricht über deutsche Geschichte und deutsche Geographie sowie das Singen deutscher Lieder ist untersagt. In jeder Gemeinde sollen die Bürgermeister den Erwachsenen Gelegenheit zur Erlernung der französischen Sprache geben. Wer sich um die Ausführung dieser Bestimmungen besonders verdient macht, erhält eine Belohnung. Der Bischof fordert die Geistlichen auf, sich bereitwillig zur Erteilung von französischen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Die Besprechung mit der interalliierten Schiffahrtskommission hatte am Freitag folgendes Ergebnis: Grundsätzlich zugelassen ist der Verkehr von rechtsrheinischen nach rechtsrheinischen und linksrheinischen Stationen, und von linksrheinischen nach linksrheinischen Stationen, desgleichen der Verkehr vom Ausland nach sämtlichen Nebenplätzen, der durch Kontrollposten in Emmerich und Basel beaufsichtigt wird. Unterjocht ist der Güterverkehr von linksrheinischen nach rechtsrheinischen Stationen. Ausnahmen werden gestattet auf besondere Anträge, die durch die Schiffahrtsguppe West-Staff an die interalliierten Kommissionen zu richten sind. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Schiffsföhrer zeit im Besitz ordnungsmäßiger Adressen sind. Sofortige Freigabe aller festgehaltenen Kohlenstoffe ist veranlaßt worden. Während der Uebergangszeit bis zur vollständigen Einführung vorchriftsmäßiger Adressen und Ausweise entstehen dem Schiffpersonal keinerlei Schwierigkeiten.

Die preußische Regierung gegen Adolf Hoffmann.

Wolffs Bureau teilt amtlich mit: Zeitungsnachrichten zufolge soll das Mitglied des Kabinetts, Herr Adolf Hoffmann, in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, dem 8. d. Mts., geäußert haben:

„Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung nicht eine sozialistische Mehrheit ergeben, würde die konstituierende Nationalversammlung, ebenso wie in Rußland, mit Waffengewalt auseinandergetrieben werden.“

Die Preussische Regierung ist infolge Erkrankung des Herrn Adolf Hoffmann nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Äußerung gefallen ist. Sollte sich Herr Adolf Hoffmann in diesem oder einem ähnlichen Sinne geäußert haben, so erklärt die Regierung demgegenüber, daß sie auf dem Boden der Demokratie steht und den durch das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes respektieren wird.

Ein Aufruf an die Arbeiter.

Der Rat der Volksbeauftragten erläßt eine Rundgebung „An die deutschen Arbeiter“, dem wir folgendes entnehmen:

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr! Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben, und das, was unweigerlich auf Bürgerkrieg folgt: die Verwüstung aller Errungenschaften der Revolution, Eurer Revolution. Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit! Arbeit kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiert, muß, soll Unterstützung bekommen, aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, verjüngt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft. Hilt den Zusammenbruch bereiten, der schließ-

lich auch ihn selbst verschlingt. Arbeiter, geht hinaus aufs Land in die Städte der Provinz! Die Kräfte, die in Berlin und anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geh zu den Arbeitssuchenden; sie werden Euch sagen, wo Ihr Lohnarbeit findet, die Euch nützt und das Volk retten hilft. Arbeiter! Schützt Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktionen! rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung!

Ablieferung von Waffen und Heeresgut.

Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgende Verordnung über die Ablieferung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches:

Trotz aller ergangenen Aufforderungen und Kontrollmaßnahmen befinden sich noch immer zahlreiche, aus den Beständen der Heeresverwaltung stammende Waffen, sowie bedeutende Mengen an Heeresgut unbefugterweise im Besitz von entlassenen Soldaten und von Zivilpersonen. Diese Zustände können nicht länger geduldet werden. Die Reichsregierung sieht sich daher genötigt, ihnen entgegenzutreten.

Wir beordnen mit sofortiger Gesetzeskraft: § 1. Wer sich unbefugt in dem Besitz von Waffen befindet, die aus Heeresbeständen stammen, ist verpflichtet, sie innerhalb der von den zuständigen Behörden bezeichneten Frist abzuliefern. Wer zuständige Behörde ist, bestimmt die Landeszentralbehörden. Unbefugter Besitzer ist, wer ohne den Willen der Regierung oder der ihr unterstellten Organe den Besitz solcher Waffen erlangt hat oder erhält.

§ 2. Die gleiche Verpflichtung liegt demjenigen ob, der Heeresgerät und Heeresgut aller Art (Fahrzeuge, insbesondere Kraftfahrzeuge, Pferde) in Besitz hat, ohne sich über den rechtmäßigen Erwerb dieser Gegenstände ausweisen zu können. Erweist es sich um militärische Bekleidungs- oder Ausrüstungsgegenstände zum persönlichen Gebrauch, so ist dem Besitzer der Nachweis des unrechtmäßigen Erwerbs zu führen.

§ 3. Wer sich nach Ablauf der Frist noch unbefugterweise im Besitz von Gegenständen der in §§ 1 und 2 bezeichneten Art befindet, wird unbeschadet einer nach den allgemeinen Strafgesetzen wegen der unbefugten Aneignung etwa bereits verurteilten Strafe wegen Unterlassung der angeordneten Ablieferung mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Wer der angeordneten Ablieferung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt, bleibt für eine etwaige vor der Ablieferung begangene, auf den abgelieferten Gegenstand bezügliche unbefugte Aneignung straflos.

Die Ausführungsbestimmungen erläßt die Landeszentralbehörden.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haacke, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Zum Schutze der Mieter.

Unbeschadet einer von der Reichsregierung geplanten weitgehenden Einschränkung der Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer hat der Justizminister Dr. Rosenfeld mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot für Preußen angeordnet, daß die Gerichtsvollzieher vor der zwangsweisen Räumung von Wohnungen ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Kriegsteilnehmer handelt oder nicht, in allen Fällen, in denen eine Obdachlosigkeit der aus der Wohnung zu entfernenden Personen zu befürchten ist, die anderweitige Unterbringung dieser Personen bei der Ortspolizeibehörde zu betreiben haben.

Sagungsentwurf im Münchener Nationalrat.

München, 14. Dezember. Laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ hat im Provisorischen Nationalrat die Bildung von Fraktionen begonnen. Der zweite Vizepräsident Dr. Cuidde hat dem Nationalrat den Entwurf einer Satzung und Geschäftsordnung vorgelegt, die u. a. das Verhältnis der Regierung zum Nationalrat folgendermaßen festlegt: Scheidet ein Minister aus seinem Amte, so ernannt der Nationalrat seinen Nachfolger auf Vorschlag der Regierung. Tritt die gesamte Regierung zurück, so bezieht der Nationalrat einen Vertrauensmann, der die Neubildung des Ministeriums übernimmt; die Ministerliste ist dem Nationalrat zur Bestätigung vorzulegen.

Doch wieder Deutsche Volkspartei.

Vor kurzem hieß es, die ehemalige Nationalliberale Partei nach der Revolution umgelaufen in „Deutsche Volkspartei“, hätte sich völlig mit der „Deutschen Demokratischen Partei“ vereinigt. Das scheint aber eine falsche Meldung gewesen zu sein. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, trotz der Beurlaubung der Nationalliberalen Partei am Sonntag vormittag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Der beschloß noch längerer Debatte auf Grund eines Antrages Dr. Vogel und Genossen, die Organisation der Nationalliberalen Partei ausrechtzuhalten, wenn auch unter dem neuen Namen und dem Programm der Deutschen Volkspartei, wie es in dem Aufruf der drei Vorsitzenden des Zentralvorstandes vorgeschlagen worden ist. An der Sitzung beteiligten sich 61 Mitglieder bei einem Gesamtbesuch des Zentralvorstandes von 220 Mitgliedern. Es stimmten für den Antrag 81, dagegen 28 Mitglieder. Ein Antrag Dr. Vogel auf Liquidation der Partei galt durch Annahme des Antrages Dr. Vogel als erledigt.

Versammlungen der Mehrheitsler.

In drei von den Mehrheitssozialisten einberufenen, stark besuchten Versammlungen sprachen am Sonntag mittag Ebert, Scheidemann und Landsberg. Ebert wie Scheidemann setzten sich für eine Vorberlegung der Wahltermins für die Nationalversammlung im Januar auf den 18. Januar ein. Ebert verlangte von der Reichskonferenz der A. und S. Räte Gattungen dafür, daß die Regierung die Geschäfte so führen könne, wie es allein zu verantworten vermöge, und begründete eingehend die Notwendigkeit einer sozialistisch-demokratischen Volkswirtschaft. Er forderte, um die Nationalversammlung zu schützen, die wir sind entschlossen, jeden Versuch, die Nationalversammlung zu föhren, mit äußerster Rücksichtslosigkeit niederzuringen. Scheidemann polemisierte in der Hauptsache gegen die Spartakusgruppe. Die Dummheitsjüngentriebe gegen die Offiziere, meinte er, seien ein Kinderpiel gegenüber dem Unföhr der bolschewistischen Dummheit. — Landsberg setzte sich längerer mit den Unabhängigen auseinander. Er erklärte, trotz ihrer vielfach recht unfairen Kampfweise werde die Sozialdemokratie den Wahlkampf gegen sie streng sachlich föhren und nie vergessen, daß sie mit jenen jahrzehntelange

Schulter an Schulter gekämpft habe und daß eine
habe Zukunft noch den Waffen die Parteien wieder bereinigen
wird.

Auch die neue „Deutsche demokratische Partei“, dieser Misch-
masch von Nationalliberalen, Fortschrittlichen und Demokraten,
hielt am Sonntag vormittag eine Anzahl stark besuchter Ver-
sammlungen ab. In den größten Sprachen Dernburg und Rau-
mann. Von ihnen leitete sich besonders der erste etwas in
Ergebnissen gegen die Neugestaltung der Dinge. 1800 Millionen (!)
sien bereits unter der neuen Regierung ausgegeben, an
Weizen und Kassen würden enorme Gehälter gezahlt, und in die-
ser Tonart weiter. Die Rede gab einen angenehmen Vorgeschnack
für die Art und Weise, wie dieser „anständiger“ Teil der
Bourgeoisie den Wahlkampf zu führen gedenkt. In einer Reso-
lution erhoben die jeweils Versammelten „schärfsten Einspruch
dagegen, daß die Forderung der Nationalversammlung un-
nötig verzögert wird, Bestrebungen gebildet werden, die die
Reichseinheit gefährden, daß der Wirtschaft in den Finanzen
von Reich, Staat, Gemeinden und Kriegsgesellschaften, der Wirt-
schaft der Gewerbe über die Freiheit der Person, des Wortes
und der Schrift nicht nachdrücklich entgegengetreten wird“. Die
Resolution „erwartet insbesondere, daß die Regierung geschlossen
an ihren Nachmitteln Gebrauch macht, um der Gewaltthätigkeit
einzelner Gruppen ein Ende zu bereiten, die das Ansehen der
Regierung gefährden, feindlichen Einmarsch heraufbeschwören und
den inneren Zusammenhang gefährden, der heute nur durch die
treue Mitarbeit der Beamtenschaft ermöglicht wird“.

Wilhelm und Bethmann für den Krieg.

Staf Czernin hat in seiner letzten Rede über sein Exposé
vom April 1917 gesprochen, das mit einem Begleitschreiben Kaiser
Karl an Kaiser Wilhelm gesandt worden war. Die Erwiderung
Kaiser Wilhelms erfolgte am 8. Mai 1917; sie beruft sich auf die
Bethmannsche Darstellung der Gesamtlage und spricht die Zuver-
sicht auf ein glückliches Endergebnis des Krieges aus. Ferner
lehnt der Kaiser einen Vergleich zwischen den Mittelmächten und
den Vorkriegslagen ab. Denn Rußland trage die Schuld
an dem Krieg und sei besiegt. Wir aber seien schuldlos und siegreich.
Im Gegensatz zu der Auffassung Kaiser Karls würde gerade ein
Friede mit großen Opfern und den unvermeidlich folgenden De-
pressionen eine Gefahr für die Monarchie werden. In seinen
Schlußworten gibt sich der Kaiser der Hoffnung hin, daß Kaiser
Karl den Anschauungen beipflichten werde, die ihn (Kaiser Wil-
helm) in bezug auf Krieg und Frieden erfüllen.

Der Erwiderung des Kaisers war eine Denkschrift Beth-
mann Hollwegs beigelegt, die das „Hamburger Fremdenblatt“
ausgabweise zu veröffentlichen in der Lage ist.

In dieser Denkschrift führt Herr von Bethmann auf alle
die Dinge, welche im Herbst 1917 die Aussicht auf einen er-
folgreichen Ausgang des Krieges für die Zentralmächte wahr-
scheinlich zu machen schienen. Die Angriffe im Westen waren
erschwert; die Fronten konnten die durch die Entlastung der
Westfront freigewordenen Kräfte erhalten. Rohmaterial wäre noch
reichlich vorhanden, und in bezug auf die Versorgungsverhält-
nisse wäre für das Jahr 1917 keine Gefahr vorhanden, zumal
die Oesterreich-Jugoslawen aus Rumänien sicher wären. Die
Woolerfolge hätten die Berechnungen weit übertroffen, und so
würde man allgemein der Hoffnung, daß die Nachteile des U-Boot-
krieges durch seine Vorteile bei weitem mehr als aufgehoben
würden. Dazu wollte Herr von Bethmann nach seinem Den-
kschrift die sichere Nachricht erhalten haben, daß der französische
Ministerpräsident Ribot dem italienischen Botschafter in Paris
gegenüber kein Pöhl daraus gemacht hätte, daß Frankreich der
Beschöpfung entgegenstehe.

Alle diese Dinge stellt die Denkschrift zusammen, um Kaiser
Karl zum weiteren Durchhalten zu veranlassen. Herr
von Bethmann stellt aber allerdings auch fest, daß er mit Czernin
darin einig sei, einen ehrenvollen, den Interessen des Reiches
und seiner Bundesgenossen gerecht werdenden Frieden sobald als
möglich herbeizuführen. Auch darin sei er mit Czernin einig,
daß die Friedensaktion erfolgen müsse, solange die politische und
militärische Initiative noch in den Händen der Zentralmächte sei.
Die Schriftstücke beweisen, wie von deutscher Seite zur Fort-
führung des Krieges gedrängt wurde und welchen Illusionen man
sich über die Aussichten des Krieges hingab — sofern man nicht
zur anderen Illusionen zu machen suchte.

Aus österreichischen Archiven.

Unter dem Titel: „Der Aufbruch der militärischen Diktatur“
veröffentlicht der Pressedirektor des Deutsch-Oesterreichischen
Kriegsministeriums eine Anzahl Vorschläge und Reso-
lutionen der Armee-Oberkommandos aus den ersten
Kriegsjahren, woraus hervorgeht, daß sich das Armee-Ober-
kommando keineswegs mit seinen militärischen Funktionen be-
gänzte, sondern eine sehr rege, tiefgreifende politische Wir-
ksamkeit entfaltete, die namentlich im Vortrage des Armeekom-
mandanten Erzherzog Friedrich vom 25. September 1915
gipfelt, der den Wunsch nach völliger Ausschaltung
von Befehlshabern der Bevölkerung an jeder
Form politischen Lebens nicht nur in slawischen
und italienischen Territorien, sondern für
das Oesterreich enthält.

Also nicht nur Deutschland hatte seinen Ludendorff. Viel-
leicht war es aber deutsche Einwirkung, die das österreichische
Oberkommando ermutigte, seine diktatorischen Gelüste zu propa-
gieren.

Gegen die Vergewaltigung Deutsch-Böhmens.

Die Korrespondenz der deutsch-österreichischen Nationalver-
sammlung teilt mit: Der Staatsrat hat heute über die fortwähren-
den Einbrüche in das Gebiet von Deutsch-Böhmen
beraten und auf Antrag des Staatssekretärs Dr. Bauer beschlossen,
an sämtliche auswärtige Regierungen eine Zuschrift zu richten,
worin die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts
der Deutschen in den Südeuropäischen Ländern durch Vornahme
einer Volksabstimmung unter Leitung neutraler
Kommissionen und gegebenenfalls unter Assistenz
von neutralen Truppen angedeutet wird. Der Staatsrat
hat es abgelehnt, gegen die feindliche Gewalt der tschechischen
Truppen Gewalt auszuüben und so die Kriegführung über den
Balkan hinaus zu verlängern. Er erwartet, daß die feind-
lichen Vorstöße der tschechisch-slawischen Kriegsgewalt im Lager
der Entente selbst Verurteilung finden werden.

Die Bundesregierung in Wien erließ
einen Aufruf, in dem sie zum Ausmarsch im Kampf für das
Recht Deutsch-Böhmens auffordert. Die Landesregierung bleibt
trotz aller Hindernisse als politische Vertretung Deutsch-Böhmens
zu Recht. Für Deutsch-Böhmen gebe es nur eine Lösung, und

zwar freies Selbstbestimmungsrecht über sein Schicksal, eigene
Verfassung, eigene Vertretung und Verwaltung.

Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ wird aus Karlsbad gemel-
det, daß der Stadtrat von Karlsbad sich an den Präsidenten
Wilson gewandt habe mit der Bitte, Karlsbad möge in An-
betracht seines internationalen Charakters als Republik
unter amerikanischer Oberhoheit erklärt werden.

Aus Troppau wird gemeldet: Im Auftrage des tschech-
ischen Militärkommandos Mährisch-Ostau haben gestern vormittag
200 Mann tschechisch-slawischen Militärs mit vier Maschinen-
gewehren Fulnek besetzt, die deutsche Mannschaft der Gen-
darmeriemache beschaffen und nach Mährisch-Ostau abgeführt,
den tschechischen Gendarmerieposten aber in Fulnek belassen.

Ein neues Osteuropa?

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ entnimmt der Wiener „National-
zeitung“ die Meldung, daß die polnische Regierung sich
formell zum Abschluß eines Bündnisses militärisch-
politischer Natur mit der Entente bereit erklärt habe.
Die Tragweite dieses Ereignisses sei vorläufig unüberschaubar.
Grasli habe in Warschau ein fertiges Programm über die zu-
künftige Gestaltung Osteuropas vorgelegt. Danach
würde zwischen den Polen, Rumänen und Jugoslawen
eine feste Allianz geschlossen werden, die vor allem eine feste
Militär-, Münz-, Verkehrs- und Handelskonvention einschließen
würde. Polen erhalte alle von Polen bewohnten
preussischen Gebiete und würde demnach etwa 35 Mil-
lionen Einwohner zählen. Dieser Staatenbund würde eng der
Entente verbunden bleiben.

Die ungarische Diplomatie mache große Anstrengungen, um in
diesem Osteuropabund ausgenommen zu werden, wozu übrigens
auch einflußreiche Wiener Kreise neigten.

Die Wahlen in England.

Am 14. Dezember fanden in England die Parla-
mentswahlen statt. Nach einer Neuzählung waren es die
Liberalen, deren man sich erinnern konnte. Das Ergebnis
der Wahlen wird erst am 28. Dezember mitgeteilt werden.

Wilson's Völkerbund-Programm.

Ansprachen in Paris.

Nach seiner Ankunft in Paris nahm Wilson an einem
Frühstück im Elysée teil, bei dem zwischen Poincaré und
ihm Ansprachen gewechselt wurden. Poincaré wies Wilson
auf die Verwüstungen Frankreichs hin, versprach ihm, die
sich darauf beziehenden Instruktionen des deutschen General-
staabs zu übermitteln und forderte die Beirathung für die
verlängerten Untaten. Wilson erwiderte in längeren Ausfüh-
rungen, in denen er u. a. sagte:

Von Anfang an war der Gedanke des Volkes der Vereinigten
Staaten auf etwas mehr gerichtet, als bloß den Krieg zu ge-
winnen. Er richtete sich auf die Aufrichtung der ewigen
Grundzüge des Rechts und der Gerechtigkeit. Es
ergab sich, daß es sich nicht nur darum handelte, den Krieg zu ge-
winnen, sondern, daß die durch ihn aufgeworfene Frage so gelöst
werden mußte, daß der künftige Weltfrieden gesichert
und eine Grundlage der Freiheit und des Glücks
der vielen Völker und Nationen auf der Welt gelegt wurde. Nie-
mand vorher hat ein Krieg ein so furchtbares Gesicht gezeigt oder
mehr die gewalttätige Zerstörungskraft unerlaubten Ehrgeizes ge-
zeigt. Ich bin gewiß, daß ich auch die von den Heeren der Mittel-
mächte angerichteten Verwüstungen mit demselben Abscheu und
derselben tiefen Empörung sehen werde, den sie in den Herzen der
Bevölkerung Frankreichs und Belgiens erregen, und ich bestreite
Sie auf der Notwendigkeit einer Aktion beim Kriegsende, die nicht
nur solchen Schrecken und Raub tadeln, sondern allen Menschen in
der ganzen Welt kundgibt, daß sie nicht ohne die Gewiß-
heit gerechter Bestrafung begangen werden können. Ich
weiß, mit welchem Eifer und Jubel die Soldaten und Seeleute
der Vereinigten Staaten ihr Bestes zur Erlösung von dem Kriege
hergegeben haben. Sie haben getreu im Geiste Amerikas ge-
handelt. Sie halten ihre Ideale für geeignet, durch sie überall die
Völker zu befreien, und sind froh über ihre Anteilnahme an der
Verwirklichung dieser Ideale in Gemeinschaft mit dem Vorrat der
Alliierten.

Eine sozialistische Delegation überreichte Wilson eine
Adresse, Wilson antwortete darauf abermals mit einer
Ansprache, in der er ausführte:

Meine Herren! Ich empfinde mit großem Interesse die
Adresse, die Sie mir eben vorgelesen haben. Der Krieg, den wir
gerade durchgemacht haben, hat in einer unvergleichlichen Weise die
unvergleichlichen Uebel beleuchtet, die durch eine unumschränkte
und unverantwortliche Gewalt hervorgerufen werden können. Es
ist nicht möglich, das Glück und Gedeihen der Völker in der Welt
zu sichern oder einen dauernden Frieden zu schaffen, wenn nicht
die Wiederherstellung solcher Uebel unmöglich gemacht
ist. Das ist wirklich ein Völkerkrieg gewesen. Er ist gegen Ab-
solutismus und Militarismus geführt worden, und
diese Feinde der Freiheit müssen von jetzt ab außer Stande gesetzt
werden, ihren grausamen Willen gegenüber der Menschheit weiter
geltend zu machen. Nach meinem Urteil genügt es nicht, dies
Bringis aufzustellen. Es ist notwendig, daß es von einem Zu-
sammenwirken der Nationen gestützt wird, welches auf
bestimmte und klare Lebensbedingungen begründet
und durch das Werkzeug eines Völkerbundes seines wirk-
samen Einflusses sicher ist. Ich glaube, dies ist die Ueberzeugung
aller einsichtigen und liberalen Menschen. Ich habe das Vertrauen,
daß dies der Gedanke derer ist, die Ihre eigene große Nation
leiten, und ich sehe mit besonderem Vergnügen dem Zusammen-
arbeiten mit Ihnen entgegen, um die Bürgschaften eines ewigen
Friedens der Gerechtigkeit und des Rechtes sicher zu
stellen, welcher die Opfer dieses Krieges rechtfertigen und die
Menschen dazu anhalten soll, auf diese Opfer als auf den
dramatischen Schlußakt ihrer Bestreitung zurückzublicken.

Amsterdam, 15. Dezember. Der Berichterstatter der „Preß-
Association“ in Vrest hatte eine Unterredung mit Wilson, der es
ablehnte, eine Mitteilung über seine Politik auf der Ver-
sammlung zu machen mit der Bemerkung, jegliche Erklärung
dafür müßte sorgfältig erwogen werden. Der Berichterstatter
daß indessen den Einbruch gewonnen, daß Wilson, falls es nötig
wäre, für seine 14 Punkte kämpfen wolle, ferner, daß Wilson für
das dreijährige Waffenstillstandsprogramm der Vereinigten Staaten ein-
träte. Hinsichtlich der Freiheit der Meere sei Wilson der Ansicht,
daß diese lieber von der ganzen Welt als von irgendeiner einzelnen
Gruppe von Völkern gesichert werden sollte.

Schweden an Wilson.

Stockholm, 15. Dezember. Die beiden Kammern des
Schwedischen Reichstags sandten gestern an den Präsidenten Wil-
son folgendes Telegramm:

„Die beiden Kammern des schwedischen Reichstags, die ein
Volk vertreten, von welchem so viele Heim und Tätigkeit in Ihrem
großen Lande fanden, heißen Sie in Europa willkommen in der

lebhaften Hoffnung, daß die edlen Grundzüge, die Sie für das
Zustandekommen eines dauerhaften und auf Gerechtigkeit fußen-
den Weltfriedens ausgesprochen haben, auf dem bevorstehenden
Friedenskongreß verwirklicht werden.“

Auch die Liberale, sozialdemokratische und
konservative Partei Schwedens sandten Begrüßungs-
telegramme ab.

Das Programm Mannerheims.

London, 14. Dezember. Der neugewählte Regent von
Finnland Baron Mannerheim ist heute von Reid
Castle nach Helsingfors abgereist, um sein neues Amt anzutreten.
Vor der Abreise gab er einem Vertreter des Reuterschen
Bureaus eine Erklärung über die gegenwärtigen Verhältnisse in
seinem Lande und die von ihm beabsichtigte Politik ab. Der
General sagte, er wünsche in ein möglichst freundschaft-
liches Verhältnis zu den Alliierten zu treten und
darauf hinzuwirken, daß die vollständige Unabhängig-
keit Finnlands von allen Mächten anerkannt werde.

Groß-Berlin.

Die Jugend fordert ihre Rechte.

Eine stattliche Zahl jugendlicher hatte sich auf dem
Tempelhofer Felde eingefunden, um ihren Forderungen
durch die Demonstration Nachdruck zu verleihen. Ein Zug,
der nach und nach auf 2000 Jugendliche, junge Männer und
Mädchen im Alter von 14 bis 20 Jahren, answoll, zog durch
das Halleische Tor, die Königgräber Straße entlang, und
zum Abgeordnetenhaus. Wobei das erste Mal trug die Ar-
beiterjugend ihre Fahnen frei und offen im Zug, ihre viel-
verfolgten und gehähten roten Banner. Stolz kampf-
fertig, altbekannte Weisen, ertönten. — Wanderer der
Jugend mit dem früher so verhassten revolutionären roten Ab-
zeichen am Arm versehenen Polizisten schaute grimmig drein.
Es waren doch seltsame Zeiten, wo sie, tapfer und feindsig,
sich mit gezogenem Regen auf wehrlose Demonstranten
stürzen konnten.

Vor dem Abgeordnetenhaus halt. Eine Abordnung
überbrachte dem Vollzugsrat die vorläufigen, in der „Frei-
heit“ bereits mitgeteilten Forderungen der Jugendlichen,
die Genosse Schiller vorher noch einmal verlas, oft durch
lebhaften Beifall unterbrochen. Genosse Gottschling,
der darauf im Auftrage des Vollzugsrats das Wort ergriff,
stimmt diesen Forderungen unumwunden zu. Er spricht
zwar nur für seine Person und weiß nicht, ob die Mitglieder
des in Auflösung begriffenen Vollzugsrates ihre Zustim-
mung geben werden, doch die Jugend wird nicht veräumen,
den Zentralrat der A- und S.-Räte deutlich ihre Forderun-
gen zu wiederholen. Lebhaftige Zustimmung löste Gott-
schlings Hinweis darauf aus, daß wohl der Militarismus
zusammengebrochen, die Revolution aber noch lange nicht
gesichert und befestigt sei. Die proletarische Weltrevolution
sei noch nicht unmittelbar zu erwarten. Aber Rußland hat
mehr als ein Jahr auf das deutsche Proletariat warten
müssen, da heißt es auch für uns, die Geduld nicht verlieren.
Sobald der Siegestaumel bei den feindlichen Nationen vor-
über sei, würden auch dort die Proletarier erkennen, was sie
vom Kapitalismus zu erwarten hätten. — Redner schildert
noch die wirtschaftliche und politische Rechtlosigkeit der
Jugend in packenden Worten. Auf den ersten jungen Ge-
sichtern war zu lesen, daß ihnen das alles nicht fremd war.
— Noch andere aus ihren Reihen sprachen. Einer warnt vor
Illusionen. Der Zentralrat werde nicht ohne weiteres die
Forderungen der Jugend erfüllen, dann heißt es, dafür
kämpfen.

Der Zug setzt sich wieder in Bewegung und gelangt
durch die Prinz-Albrecht-Straße, Wilhelmstraße zu den
Linden und Brandenburger Tor. Weiter geht's zum Wis-
senschaftsdenkmal. Hier abermals halt. Rote Fahnen flattern
überall. Alles übertrug ruhig und stolz der „Eiserne Kan-
gler“. In Ansprachen verschiedener Genossen wird die Idee
des internationalen Sozialismus gefeiert, die in alle Herzen
zu tragen sei. Ein Samburger und Kieler Genosse über-
bringen Grüße von der dortigen revolutionären Jugend.
Auch sie verlangen Auflösung und wieder Auflösung der
indifferenten Massen. Die Proletarierjugend leide unter
dem niederdrückenden Alltag und brauche Begeisterung.

Ein Genosse macht auf die Kundgebung der Internatio-
nale am kommenden Mittwoch aufmerksam. Hochrufe auf
Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und andere werden wieder-
holt laut. „Den Worten wollen wir Taten folgen lassen!“
Mit diesem Gelübde und einem Hoch auf die internationale
sozialistische Jugend trennte man sich. — Ein neuer Ruf
wird neue Massen zusammenführen, mehr, immer mehr
werden sich unter dem Banner des internationalen Sozia-
lismus zusammenfinden. Wer will und dann noch wider-
stehn?

Auflösung des Bataillonskassendiebstahls.

Die Kasse des 2. Bataillons des Eisenbahnpolizeiregiments Nr. 1
mit über 100 000 Mark barem Geld war, wie wir mitteilten, vor
acht Tagen zwei jungen Schwindlern in die Hände gefallen, in-
dem sie sich für Verkaufstrüge des Zahlmeisters ausgaben und die
Kasse bei der Woche abholten. Der Schöneberger Kriminal-
polizei ist es gelungen, den, wie sich jetzt herausgestellt hat, groß-
angelegten Schwindel aufzuklären und die beiden falschen Kas-
saten festzunehmen. Es sind dies ein schon mehrfach vorbestraf-
ter gewisser Hellmich und ein Paul Gruba. Letzterer ist der
Schwager eines auf dem Zahlmeisterbureau beschäftigt gewesenen
Soldaten Erich Neumann, der zusammen mit seinen beiden Brüdern
Max und Arthur der Urheber des wohlverdienten Schwin-
dels war. Erich Neumann hatte Hellmich und Gruba die Uni-
form beschafft und sie auch wissen lassen, an welchem Tage die
Kasse einen großen Betrag enthielt. Als ihnen diese von der
Wache gungläubig übergeben worden war, trafen sie alle fünf
an einem vorher bestimmten Ort, erbrachen sie und teilten das
Geld untereinander. Die drei Gebrüder Neumann sind mit dem
größten Teil der Beute flüchtig und konnten bisher noch nicht
ergriffen werden.

Dem Arbeitnachweis der Stadt Berlin, C. 14, Gormann-
straße 13, wurden neu angegliedert: 1. Die Fachabteilung
für Gärtnererei. Vermittelt werden sämtliche in der Kunst-
und Handelsgärtnererei und in den Blumengeschäften beschäftigten
männlichen und weiblichen Personen. Geöffnet von 9—12 Uhr.
2. Die Abteilung für städtische Arbeiter. Vermittlung
Arbeitsstellen für alle städtischen Betriebe unter sachkundiger Leitung.
Geöffnet von 8—11 Uhr. 3. Die Fachabteilung für
Küpper und Ofenseher. Die Vermittlung findet eben-
falls durch beachtenswerte Beamte statt. Geöffnet von 5—7 Uhr.
Kernprobenanfrage für alle drei Abteilungen an die Zentrale, Amt

Roden: 11 040-46, 3691-02, 9764, 3791-07. Kostenlose Vermittlung!

Fahrtverminderung für Laubenkolonisten. Die für die Jahre 1916, 1917 und 1918 ausgestellten, zur Lösung von Arbeiterkarten berechtigenden blauen Ausweisarten zur Erlangung der Fahrtverminderung für Laubenkolonisten in der Umgebung Berlins behalten ihre Gültigkeit unter den gleichen Bedingungen bis auf weiteres auch für das Jahr 1919.

Ein Raubmord auf der Chaussee zwischen Groß-Machnow und Berlin beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Dort wurde in der Nacht zum 7. d. M. der 15 Jahre alte Landwirtssohn Fritz Böhmert aus Klausdorf im Kreise Teltow ermordet und beraubt. Böhmert hatte von seinem Vater am 6. d. M. den Aufzug erhalten, mit seinem Koffer nach dem Bahnhof Jossen zu fahren. Dort ist der junge Mann auch angekommen und, wie festgestellt werden konnte, abends mit einem noch unbekanntem Soldaten, der sich an ihn herangemacht hatte, wieder heimwärts gefahren. Der Soldat erkrankte nun auf der Landstraße den jungen Kutscher, raubte ihm seine geringe Vorkasse in Höhe von 10 Mark und fuhr, nachdem er die Leiche vom Wagen geworfen hatte, mit dem Gespann davon. Da nun angenommen wird, daß der Raubmörder versucht wird, das Fuhrwerk in Berlin zu verkaufen, hat sich die dortige Polizei auch hierher gewandt. Der Wagen, ein schwarzer Break, der hinten links ein gelbes Rad und mit Mandelstoffs bespannte Sitze hat, war mit zwei Koffern mit Wäsche bespannt, einem Koffer und einer Stute. Letztere ist 1,50 Meter groß, hat drei kleine weiße Flecken auf dem Rücken, ist 9 Jahre alt und trägt die Fußbandnummer 411. Der Koffer ist 6 Jahre alt, hat ebenfalls drei kleine weiße Flecke auf dem Rücken und trägt die Fußbandnummer 412.

Reiche Leute machten Einbrecher in der gestrigen Nacht auf dem Grundstück Friedrichstr. Nr. 8. Sie erbrachen hier zunächst die Haustüre gewaltsam, bogen dann die Eisenstäbe eines Hofens zurück, drückten die Scheiben ein und verschafften sich so Eingang in die Räume der Vereinigten Oulompagnien, aus denen sie für ungefähr 30 000 Mark Pelourhüte und Herrenmäntel stahlen. Der Diebstahl hat auf die Wiederbeschaffung der Sachen eine Belohnung bis zu 3500 Mark ausgesetzt. — Für 20 000 Mark Wäsche erbeuteten andere Einbrecher in dem Geschäft von Vab in der Lichtenberger Straße. — Wohnungseinbrecher stahlen in dem Hause Rosenhäger Straße 11/12, Bettwäsche, Silbergeschmuck usw., im Werte von 10 000 Mark. — Für mehrere Tausend Mark Wäse und Stroh, erbeuteten Einbrecher in dem Geschäft von Richter in der Köpenicker Straße.

Der Millionendieb Rad vor Gericht. In dem Diebstahlsprozess gegen den Konteur Benno Rad, der bei seinen nächsten Raubzügen im Westen Berlins und Charlottenburg Juwelen und andere Wertgegenstände im Werte von ca. 800 000 bis 1 Million Mark erbeutet hatte, wurde gestern das Urteil verkündet. Staatsanwalt Gollnick beantragte gegen Rad, den er als einen äußerst gemeingefährlichen Menschen bezeichnete, 10 Jahre Zuchthaus und 15 Jahre Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen die Geliebte des Rad, die ledige Elise Wagner, wurden wegen Sehlerei 4 Monate Gefängnis beantragt. Die Rechtsanwältin Justizrat Ulrich und Dr. Steinbrecher beantragten mildere Strafe bzw. Freisprechung. Das Urteil lautete gegen Rad auf 8 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht. Die Angeklagte Wagner wurde freigesprochen.

In der bekannten Betrugsaffäre der Frau Gehl. Justizrat Lepa hatte sich der eigenartige Zustand herausgebildet, daß die Hauptschuldigen, die Frau Geheimrat und ein Fräulein Gebhardt, wegen einer ärztlich festgestellten Geisteskrankheit aus der Haft entlassen worden waren, während die minderbeteiligten Mitangeklagten, ein Fräulein von Lange und ein Fräulein Meißner in Untersuchungshaft verblieben. Mit Rücksicht darauf, daß diese beiden Mitangeklagten offenbar völlig unter dem Banne der Frau Geheimrat Lepa standen und von dieser zu den Straftaten verführt worden waren, sie auch noch minderjährig sind, ist von den Rechtsanwältin Dr. Kurt Vincus und Dr. Julius Berger, um auch diesen Personen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, der Antrag auf Haftentlassung gestellt worden. Da die Staatsanwaltschaft diesem Antrage zustimmte, hat die Beschlußkammer die Haftentlassung gestern angeordnet.

Die Sozialdemokraten der Richtung Ebert-Scheidemann hielten gestern eine Anzahl Versammlungen ab: eine im Hoffgäßchen, wo Scheidemann sprach, im Zoologischen Garten sowie im Tierpark. Im ersten Saale sprach Landberg, während im Tierpark Pusch Heinrich Scholz und Ebert referierten. Ebert erklärte, daß er mit der Nationalversammlung treue und feste Beziehungen, die Versammlung vier Wochen früher einzuberufen, wenn die A. und S. Mite zustimmen. Ebert erhob Einspruch gegen die Verhandlungen Adolf Hoffmann über die Nationalversammlung. Lebensmittel in Wilmerdorf. Am 20. Dezember ein Ei, vom 14. bis 20. Dezember 1/2 Pf. Puddingpulver, vom 16. bis 31. Dezember 2 Triefschokolade, 1 1/2 Pf. Parmelade zum Preise von 1 Mark das Pfund und 100 Gramm Größe, höchstens 7 Pf. Kartoffeln.

Der Verkauf von Fischweizen wird fortgesetzt. Vom 18. Dezember bis 17. Dezember Voranmeldung für Nährmittel und Strottaufschüttmittel, auch für Jugendliche. Für Kinder im 8. bis 6. Lebensjahre 1 Pf. Hauswirtschaftsschokolade in Tafeln und auf besondere Bezugsscheine für Kinder im 7. Lebensjahre 1/2 Pf. Hauswirtschaftsschokolade, für Kinder im 8. Lebensjahre 1/2 Pf. Schokoladenpulver und für Kinder im 7. bis 14. Lebensjahre 1/2 Pf. Pfefferminze. Für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre Milchpulver, für Kinder im 1. bis 2. Lebensjahre 2 Pf. Kindergerstemehl und für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre 2 Pf. Gerst. Für Personen über 65 Jahre gelangen demnächst 4 Päckchen Zwieback (rund 600 Gramm) zum Gesamtpreise von 1,68 M. auf Grund besonderer bei der zuständigen Brotkommission zu erhaltender Bezugsscheine zur Ausgabe.

Ein Raubmordanschlag wurde am Sonnabend nachmittag in der Invalidenstr. verübt. Dort erschien in die im Hause Nr. 39 belegene Schankwirtschaft ein Gast, der, als die Schankwirtin Frau Helene Reyer allein anwesend war, über diese herfiel, ihr eine mitgebrachte Vorhangschnur um den Hals schlang und versuchte, sie zu erwürgen, um dann die Kasse zu rauben. Die Ueberraschte setzte sich jedoch gleich energisch zur Wehre, verbanderte so das Zuziehen der Schnur und rief um Hilfe. Nun ließ der Räuber von seinem Opfer ab und versuchte zu entfliehen. Da er Leute kommen hörte und diesen nicht in die Hände laufen wollte, verkrach er sich unter einem Sofa. Hier wurde er aber bald vorgefunden und festgenommen. Auf dem Polizeipräsidium wurde der Verhaftete als ein Kesselschmied Otto aus der Bernauer Straße 6 festgestellt.

Von Einbrechern erschossen wurde am 12. November ein Matrose, der die Durschen nach dem Polizeipräsidium transportieren wollte. Jetzt ist eine Wunde festgenommen worden, unter denen sich auch die ehemaligen Klünderer befanden, die den Matrosen hinterläßt erschossen haben.

Keine Nachrichten. Vor Taschendiebstahl wolle man jetzt besonders auf der Hut sein. Gestern wurde sogar ein zwölfjähriges Mädchen gefaßt, das eine gestohlene Tasche in einem Kaufhaus retinierte. — In einem Hotel in der Charlottenstraße wurde ein Nittergutbesitzer mit Gas vergiftet tot aufgefunden. — Ein Gas vergiftet hat sich ein junger Mensch von 16 Jahren aus der Kolonnenstraße. — Vier fetts Schweine sind gestern nacht in Hohen-Schönhausen gestohlen worden. — Aus dem Kleinbäckereihaus des städtischen Kinderkinderkinderhauses wurden 10 Hammel gestohlen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Kestler, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Endendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. — Theater am Bülowplatz. Direktion: Fried. Kayssler. 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

Opernhaus. 7 1/2 Uhr: Violetta.

Schauspiele. 6 1/2 Uhr: Peer Gynt.

Direktion Max Reinhardt

Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Das Licht scheint in der Finsternis.

Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Der Sohn.

Kleines Schauspielhaus. Fassadenstr. 1, Port. 5. Keine Vorstellung.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7 1/2 Uhr: Der Schöpfer. Dienstag: Der Marguis von Keith. Mittwoch, Donnerstag: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus Charlottenb. 7 1/2 Uhr: Der polnische Jude.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. 7 1/2 Uhr: Hannele. Das Dreimäderhaus. II. Teil.

Kleines Theater. 8 1/2 Uhr: Freie Knechte.

Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die spanische Flage.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die Glocken von Cornovilla.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Mikado. Mittwoch, Donnerstag: Der Struwwelpeter.

Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Friedensverhandlungen.

Schiller-Theater Charlottenburg. 7 1/2 Uhr: Hamlet.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft. Mittwoch, Donnerstag: Rotkäppchen.

Theater am Kolonnenplatz. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe.

Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. Mittwoch, Donnerstag: Aschenbrödel.

Wallner-Theater. 7 1/2 Uhr: Grat Habenichts. Mittwoch, Donnerstag, Sonntag: Der Märchenwald.

Rose-Theater. Gasten d. Friedr. Wilhelmstadt. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderhaus.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke.

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr: Neu! Das ängstliche Volkstüchlein Neu!

Die goldene Brücke. Vorher: Erstklassige Spezialitäten. Sonntag, 14 Uhr: Der Säuslinz.

Wintergarten. Das große Spezialitäten-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr.

APOLLO Theater. Dir. JAMES KLEIN. Allabendlich 7 1/2 Uhr. Sonntags 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. Die Welt geht unter!

Senta Schönlund, Lucie Mattar, Franz Busch, Fritz Beckmann, Franz Blauke.

NADCHURA'S Elefanten ROSTON'S Affenmenschen Transys Blumenkorso usw. Sonntags 3 1/2, jed. Erwachsene 1 Kind frei!

Gehpelz. mit gutem Tuchbezug und gutem Pelzfutter sehr preiswert zu verkaufen. Gelegenheit!

Blauer Bazar. Kaiser-Wilhelm-Str. 14, beim Alexanderplatz.

Sportpelze. Gelegenheiten! von 400 M. an. Blauer Bazar. Kaiser-Wilhelm-Str. 14, beim Alexanderplatz.

Redakteur. für größeres Pariahlat in der Provinz wird zum 1. Januar 1919 gesucht. Vollständige Beherrschung der polnischen Sprache, Vorzugt kommunalpolitische Fachkenntnisse sind erforderlich. Bevorzugt werden verdienliche Bezahlungen, die auch für die Agitation im Freyz kommen. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen unter P. K. 612 an Alois Krümer, Klef, Schützenburgerstrasse 64. II. Etage.

Kleine Anzeigen.

Strassenhändler für „Die Freiheit“ ständig gesucht. Schirnhauerdamm 19.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Lichtberg, Neue Eschelstr. 30.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 6.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Sinner, Muskauer Str. 31.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Solmsstr. 4.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 6.

UT UFA UT

Der Stellvertreter
Stuart Wehbs 25. Abenteuer mit Ernst Reicher / Ria Jende
Resemanns Brautfahrt
Melita Petri, Leo Peukert, Herbert Paulmüller, K. Dreher
U.T. Raubmordplatz
Jeffchen Gebert 2. Teil (Henriette Jacoby) Regie R. Oswald

Mozart-Saal HENNY PORTEN
„Die blaue Laterne Dritte Woche!“
Kammer-Lichtspiele
Lorenzo Bughardt
Ein Schauspiel mit Albert Bassermann, Else Bassermann, Käthe Haack

U.T. Ausführendenbeamten U.T. Frey, U.T. Gabelbeise
U.T. Unter den Linden
Das Mädel vom Ballet Ossi Oswald
U.T. Meringplatz
Mia May Die Bettelgräfin
U.T. Schöneberg U.T. Weinbergstraße
Söhne des Volkes Der sozialistische Monumentalfilm von Sophie Michaelis und Otto Olsson mit Gunnar Toinaes Lili Jacobsen
U.T. Wexendörferplatz U.T. Weinbergstr.
Das Tagebuch einer Verlorenen Regie: R. Oswald
Schauspieler: Erna Morana, Heinrich Schönlund, Werner K. 102, Ernst Veldt

UT

Metropol Kabarett
Behrenstr. 53-56
Ab 1. Dezember
Neue Direktion • Neues Programm
Ganz renoviert
Anfang 5 Uhr
Sonntag 4 Uhr
Gyigyi-Konzerte
2 Vorstellungen 1.30 u. 2.60 M.
Vorzügliche Küche
Torten, Makronen und Getränke.

Freude und Jubel
in jeder Familie erweckt das ideale Geschenk zum **Weihnachtsfest** das vollkommenste **Musik-Instrument** **Grammophon**

Apparate in allen Preislagen werden vorgespielt ohne Kaufzwang.

Grammophon-Spezialhaus s.m.b.H.
Berlin W 8
nur Friedrichstr. 189

Redakteur
für größeres Pariahlat in der Provinz wird zum 1. Januar 1919 gesucht. Vollständige Beherrschung der polnischen Sprache, Vorzugt kommunalpolitische Fachkenntnisse sind erforderlich. Bevorzugt werden verdienliche Bezahlungen, die auch für die Agitation im Freyz kommen. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen unter P. K. 612 an Alois Krümer, Klef, Schützenburgerstrasse 64. II. Etage.

Kleine Anzeigen

Strassenhändler für „Die Freiheit“ ständig gesucht. Schirnhauerdamm 19.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Lichtberg, Neue Eschelstr. 30.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 6.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Sinner, Muskauer Str. 31.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Solmsstr. 4.

Botenfrauen zum Austragen der „Freiheit“ verlangt. Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 6.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin, Sebastianstr. 37-38
Mittwoch, den 18. Dezember cr., abends 7-Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelplatz 18, Saal 4
General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht über die Sitzung des Beirats am 8. Dezember 1918 in Bamberg über die Gewährung weiterer Teuerungszulagen, Abschaffung der Heimarbeit, Errichtung von Betriebswerkstätten, Referent: Kollege Schumacher.
2. Mitteilungen

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Freie Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands (Syndikalistin)
Büro: Alte Schönhauser Str. 24. Mittwoch u. Sonntags geöffnet v. 6-8
Achtung! Metallarbeiter!
Öffentliche
Metallarbeiter- und -Arbeiterinnen-Versammlung
Montag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr
in Oberschlesienstraße, Wilhelmshofstraße, Ecke Kienast, im Lokal „Zum Landsturmann“
Dienstag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr
im „Swinesünder Gesellschaftshaus“, Swinesünder Str. 42
Tagesordnung:
Was wollen die Syndikalistin?
Referent: Kollege Alfred Groth.
Freie Aussprache.

Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins

Die großen Vorratssäle in der Müllerstraße sind bis auf den letzten Platz gefüllt. Kurz nach zehn Uhr eröffnet Paul Hoffmann die Sitzung:

Nach dem gewaltigen Siege der Revolution am 9. November hat die Bourgeoisie sich von den Schlägen, die ihr das Proletariat beibrachte, zu erholen begonnen. Die Konterrevolution ist am Werke und sie identisch mit dem blutigen Verbrechen nicht zurück. Wir denken an die 14 Tote, die am 6. Dezember in den Straßen Berlins gefallen sind. Noch ist das Verbrechen nicht gestillt. Ich bitte die Anwesenden, sich zu Ehren der Gefallenen um den Frieden zu erheben. (Es geschieht.) — Der Vorsitzende beschließt alsbald die Tagesordnung.

Referat: Grosse wird über die politische Lage referieren. Er beantragt, daß von der äußersten Linken ein Korreferat stattfinden und schlägt als Korreferenten die Genossen Luxemburg vor.

Nach einer kurzen Debatte beschließt die Versammlung in diesem Sinne.

Das Referat des Genossen Grosse:

Diejenigen, die sich auf die Revolution als echte Sozialisten verhalten hatten, haben sich plötzlich nach Austritt der Revolution alle diejenigen an ihrer Seite, die so oder so vor der Revolution als Opportunisten und als Phantasiereisende bezeichnet hatten. Sie erinnern sich des Rufes Eberles, der damals noch Reichsminister war, vom 9. November: „Da fordert er die Genossen auf, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und nicht auf die Straße zu gehen. So wenig waren die Sozialisten auf die Revolution vorbereitet.“

Über das sie sich nun vor die vollendeten Tatsachen gestellt haben, da suchten sie nicht nur mitzumachen, sondern sie sogar in den Vordergrund zu schieben; sie waren es damals, die zusammen mit einer Regierung bilden wollten. Aber auch jetzt ist es nicht anders, das habe ich hervor, erklärte sich damals bereit, bedingungsweise in die Regierung einzutreten, allerdings nur für drei Tage, nämlich um den Waffenstillstand zu schließen. Das ist sehr charakteristisch.

In überwältigender Mehrheit waren die Genossen der Meinung, daß die U. S. P. das Angebot der Scheidemänner nicht ohne weiteres ablehnen dürfen. Sie werden sich auch erinnern, daß dieses Zusammengehen in der großen Versammlung im Reichstag auf härmliche von uns gefordert wurde. Als bester Erregung drohen die Sozialisten den Ruf zu ertönen, falls wir uns zu dieser Mitarbeit in der Regierung nicht entschließen sollten. Es wurde die parlamentarische Zusammensetzung des U. und S. Rates und des Rates der Arbeiter verlangt.

Unter diesem Zwang der Verhältnisse geschah es, daß ich, Grosse, Ledebour, Barth und Richard Müller sich zur Mitarbeit entschlossen. Epfindig, sehr schuldig ist es, wenn man erklärt: ja, im Volksgut, da ist die Zusammenarbeit erlaubt, in der Regierung dagegen nicht. Aber der Volksgut ist gerade die oberste Gewalt, und von ihm ist die Regierung abzuhängen, da er sie ein- und absetzen kann. (Widerspruch.)

Es war unumgänglich für uns, den Ebert, Scheidemann usw. die Regierung allein zu überlassen. Aber was erklärt nun der Scheidemann in der „Neuen Post“? „Der Spartakusbund wird nicht mehr die Regierungsgewalt übernehmen als durch den Herrenpräsidenten. Die großen Massen der Arbeiter in Deutschland, wie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Methoden des Spartakusbundes.“

Kann man sich vor die große Mehrheit nicht einig in tatsächlichen und programmatischen Fragen, aber sie war sich einig über das Programm. Die beiden Parteien, wenn die Mehrheit des Volkes nicht auf dem Boden des Sozialismus steht, was lassen wir in der Zwischenzeit tun, bis sie sich auf einen Boden stellen? Sollen wir etwa der Bourgeoisie die Regierung überlassen, so, das würde ihr so gefallen, nach ihrem Willen zu regieren und die Revolution wieder rückgängig zu machen. Nichts anderes beabsichtigt der Spartakusbund, der ruhig abwarten und abwarten will bis zu der Zeit, wo das Proletariat die Mehrheit hat. (Unruhe bei den Spartakisten.)

Als Beweis für meine Auffassung will ich Ihnen die letzten Verhandlungen im Betrieb Schwarzklappf mitteilen. Sie wissen, daß die Arbeiter dieses Betriebes immer in der vordersten Reihe standen und sich bei allen Streiks mutig und opferbereit einsetzten; nun, als es sich um die Wahl der Arbeiterdeputierten handelte, wurden zwei Listen aufgestellt, eine Liste, die nur Arbeiter unserer Partei enthielt, eine zweite Liste, die aus Angehörigen anderer Parteien und aus Reichheitssozialisten bestand. Die Genossen, die diese zweite Liste aufstellten, forderten also eine Verständigung. Das gleiche geht aus einer Erklärung hervor, die mir zugeworfen ist. Überall bemerken wir Einigungsbestrebungen innerhalb der Arbeiterklasse für die Wahl zur Nationalversammlung und darüber hinaus. Eine Vertrauensmänner-Versammlung hat sich dahin ausgesprochen, daß sich die Arbeiter, die sich der Führer nicht verweigern über die Spitze der Arbeiter hinweg bei einigen werden, die gleiche Tendenz erkennen wir in Göttingen, wo Genosse Dr. Bauffe, der wegen seiner radikalen Gesinnung solange in Göttingen, in großen Versammlungen erklärt hat, es gebe nicht an, die Arbeiter zu zerschlagen, alle Arbeiter wählen sich einigen zum Kampfe gegen die Bourgeoisie. Gottschalk berichtet mir von ähnlichen Einigungsbestrebungen aus meinem Wahlkreis Königshagen. Das gleiche haben wir in Göttingen. Wir brauchen diese Tendenz nicht für richtig zu halten. Aber sie sind Symptome für die Stimmung des Proletariats, über die wir nicht ohne weiteres hinweggehen können.

Wie ist unsere politische Lage? Von allen Seiten hören wir den Ruf nach der Nationalversammlung, besonders von Seiten des Bürgertums und der Reichheitssozialisten.

Die Nationalversammlung ist unabwehrbar,

man muß damit rechnen. Ich lehne mich auch gegen die Nationalversammlung nicht auf. Die Frage ist nur: wann?

Die Spartakisten sagen: „Nicht mit der Nationalversammlung“ und berufen sich auf die Bolschewisten. Aber die Bolschewisten haben anfangs diese Auffassung gar nicht vertreten, sie haben vielmehr die Regierung notwendig und notwendig befähigt, weil er die Nationalversammlung hindern wollte. Die Bolschewisten haben auch die Wahlen zu der Nationalversammlung keineswegs boykottiert, sie haben sich an ihnen beteiligt in der Hoffnung, zusammen mit den linken Sozialisten-Revolutionären eine Mehrheit zu erhalten. Es kann also nicht als Antirevolutionäres sein, wenn wir in Deutschland das gleiche Ziel verfolgen. Das Sollen der Regierung, dieses neue proletarische Staatsystem ist erst im zweiten Stadium der russischen Revolution in Erscheinung getreten. U. und S. Rate dagegen gab es in Rußland schon in der Revolution von 1905 und

gleich im Anfang der Revolution von 1917. Erst neun Monate nach der Revolution, als die Bolschewisten die Macht erobert hatten, traten sie gegen die Nationalversammlung auf und für die Regierung ein. (Nurak) (Widerspruch: Weil sie Gefährungen gemacht haben.) Nein, weil die rechtsstehenden Sozialisten in die Mehrheit gewählt worden waren.

Wir können hier keine Illusionen haben. Die Nationalversammlung der bolschewistischen Revolution gebunden, und zwar weil die objektiven Bedingungen in Deutschland von ganz anderer Art sind. Rußland ist ein Sozialland und eine überwiegende Zahl der Wähler sind aus dem D. der Bevölkerung sind Industrielle Proletarier. Deutschland ist dagegen ein entwickelter Kapitalismus, der der Arbeiter von Lebensmitteln bedarf. Die Mehrheit seiner Bevölkerung sind Proletarier.

Ich bin nicht für Demokratie und Sozialismus eingetreten. Daß die Demokraten des Westens vom Standpunkt des Sozialisten aus alles andere als Ideale sind, wissen wir sehr wohl, auch dort herrscht Verwirrung und Unklarheit. Aber wenn wir jetzt in den U. und S. Rate die Nationalversammlung wählen, so ist uns die ganze Arbeit der Wahl erschwert. Früher ist man uns die Behörden, unsere Bestimmungen wurden verboten, unsere Genossen wurden in Gefängnisse gesperrt, unsere Redaktionen wurden unterdrückt. Noch haben die Bürokraten die größeren Massen der Parteien in ihren Händen. Das so wichtiger wird für uns die Arbeit der Wahlleitung sein.

Wir treten dafür ein, daß die Nationalversammlung einmündig sein sollte, die Nichtmündigen sollen nicht mit man und die Partei nicht, die Nationalversammlung schon am 19. Januar zusammenkommen sollte, so forderten wir Ihre Einberufung frühstens für April. Ihre keine Verbindung erhielt worden, so wäre sie vielleicht für den 1. Januar angelegt worden. Bestenfalls würde man uns als Teil der Einberufung der 19. Januar vorzuschlagen, aber die U. und S. Rate liegt in den Händen der U. und S. Rate. Ich würde sehr, daß die Nationalversammlung der U. und S. Rate — nach der Meinung der Spartakisten — als die parlamentarische Gewalt — der Wahltermin ist den 19. Januar zurückzuführen wird.

Es ist ein großer Wunsch der Arbeiter zu dem Zentralrat der U. und S. Rate in Berlin aufzulösen. Das hat man hier früher von diesen U. und S. Rate verlangt. Wenn der Zentralrat morgen den 19. Januar als Termin zu den Wahlen für die Nationalversammlung ansetzen sollte, so werden wir uns ebenfalls daran beteiligen. Widerspruch bei den Spartakisten.)

Der Spartakusbund propagiert den Vorschlag, die russischen Genossen, die im Jahre 1905 die Wahlen zum Duma, boykottierten, haben dies früher als einen Fehler bezeugt. Sie können überzeugt sein, daß 90 Prozent des Proletariats ihrer Partei der Revolution zu warten. Sollen wir mit verurteilten Armen gehen, daß die Kampfbedingungen des Proletariats verschlechtert werden? Sollen wir unsere Waffen nicht gebrauchen und es dem Bürgertum überlassen, die Regierungsmacht an sich zu reißen? Wenn wir uns nicht zur Nationalversammlung vorbereiten, so danken wir als Partei ab.

Und ist dann unsere Lage so, daß wir es uns leisten können, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren? Seit dem ersten Tage der Revolution ist die Konterrevolution am Werke. Die Reichssozialisten haben die Gefahr in ihrem vollen Umfange nicht.

Es geht nicht an, daß der Spartakusbund, der zu unserer Partei gehört, oder eine eigene Organisation besitzt, uns mitten in unserer Organisation beirrä. Auf dem Kongress in Göttingen erklärte: Wir unterscheiden uns von den Unabhängigen, aber wir werden ihre Partei als ein schändliches Ding für die Arbeiter gebrauchen. Ich habe dagegen damals protestiert und sage auch jetzt, daß es dieser ist, daß wir uns trennen.

Die Revolution hat große Veränderungen herbeigeführt. Während des Krieges haben wir damit gerechnet, daß die Wahlen nach Friedensschluß möglichst bald stattfinden werden. Jetzt haben wir einen freien Kampf um die Wahlen. Die Regierung hat, geküßt auf die Revolution die Vertriebsstellen und den Arbeiter zum Gesetz erlassen. Die Regierung hat ferner die Nacharbeit in den Fabriken aufgehoben, sie hat die Gesundheitsordnung und die Arbeitsregeln für die Handarbeiter beibehalten. Sie hat eine Amnestie so weitgehend wie irgend zuvor erlassen, gemäß deren alle, die irgend einer politischen Tat wegen verurteilt wurden begnadigt werden. Sie hat eine sehr weitgehende Amnestie für militärische Straftatungen erlassen.

Sie hat ferner das Reichsgesetz angesetzt, noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung eine Kriegsgemeinschaft zu erklären, durch die ähnliche Kriegsgemeinschaften bis auf den letzten Groschen an die Staatskasse abgeführt werden müssen. Es geht also nicht an, keinen Unterschied zu sehen zwischen der Zeit vor und nach der Revolution.

Was unsere äußere Lage betrifft, so hat die Regierung gefordert, daß unsere Soldaten aus West und Ost aus Finnland, Estland, Litauen, aus der Krain und der Ukraine so schnell als irgend möglich nach Hause zurückzuführen sind, um zu verhindern, daß sie zu konterrevolutionären Zwecken in diesen Gebieten angewandt werden. Doch einige Militärs unserer Reihen sind nicht gehorcht, passiert wohl hin und wieder. Aber sie werden zur Rechenschaft gezogen und abgesetzt. (Nurak) (Widerspruch: Ich will diesem General persönlich verhandelt hat, weiß, daß er selbst nicht kommen ist, er hat ja auch der Regierung den Eid geleistet. Allerdings gibt es unter seinen Offizieren sicherlich solche, die konterrevolutionäre Umtriebe versuchen.)

ein fürchterliches Erbe

Unsere Revolution hat ein fürchterliches Erbe hinterlassen. Wir haben kurz vor dem Abschluß des Waffenstillstandes nach einem verlorenen Kriege, im Westen Willkür von Soldaten, die wir so schnell als möglich nach Hause befördern mußten und zwar so, daß sie viele Demobilisationen zu gut als nur möglich vollziehen konnten. Die Soldaten konnten beim besten Willen nicht einen Mann einwerfen, um in 28 Tagen diese Willkür in die Heimat zu bringen, und so wir die Offiziere als Instruktionen gebrauchten, so konnten wir sie nicht befehlen.

Jetzt stehen wir vor dem Friedensvertrag. Es ist natürlich eine Frage, ob die Soldaten mit einer sozialistischen Regierung in Deutschland nicht Frieden schließen werden. Wenn wir nicht in die Regierung eingetreten, so wäre ein Wandel entstanden, und dann hätte die Enterte dies als den Grund zu einer Intervention in Deutschland benutzt, so wir die Wunden des Krieges in Rußland unterdrückt, um die Bolschewisten zu zerschlagen. Der Wohl des Proletariats muß, der kann dies nicht verantworten, der muß für einen möglichst günstigen Frieden Sorge tragen.

Wir haben die Regierungsoffiziere vorwärts geschoben. Waren wir nicht in die Regierung eingetreten, so hätte sich eine Koalition zwischen den Scheidemännern und den Bürgerlichen gebildet oder die Bürgerlichen hätten allein die Regierung gebildet. Die Spartakisten sagen uns, das wäre besser gewesen. Obwohl, wenn das Proletariat einig gewesen wäre. Aber da das Proletariat jetzt gespalten ist, so ist die Koalition der bessere Weg.

Sie wissen, daß man nicht in 24 Stunden das kapitalistische System stürzen und den Sozialismus aufbauen kann. Das ist ein Prozeß von langer Dauer, die Regierung hat aber alles getan, um diesen Prozeß wenigstens einzuleiten. Unser einziger Gegner darf nur der Kapitalismus sein, gegen ihn müssen wir mit allen Mitteln kämpfen und bei den Wahlen vor allem die Arbeiter revolutionieren. Das Proletariat in seiner Gesamtheit muß alle Kraft einsetzen, damit die Rechte, die wir errungen haben, nicht wieder verloren gehen. (Widerspruch: Widerspruch.)

Korreferat der Genossin Luxemburg.

Genosse Grosse hat seinen eine Aufzählung gegen die Forderung gehalten, die er selbst gemacht hat und eine Verteidigungsrede für die Politik der Ebert-Scheidemann. Er hat gesagt, daß die Forderung der Forderung sei, in die Regierung einzutreten, aber er hat vergessen, die Bedingung zu nennen, die Forderung aufgestellt habe. Diese Bedingung war, daß die neue Regierung prinzipielle sozialistische Politik mache. Unter dieser Bedingung sind wir noch heute bereit, in die Regierung einzutreten. Was die Forderung bei Schwarzklappf betrifft, so wird Ihnen ein Genosse berichten, daß seine Einigkeit-Stimmung im Grunde eine Schließung ist. — König Boden hat seit dem 9. November im Land gegangen. Seitdem hat sich das Bild völlig geändert. Die Reaktion ist jetzt viel stärker als am ersten Tage. Und Grosse sagt und behauptet, wie herrlich wir es erbracht haben. Seine Forderung wäre es gewesen, uns den Fortschritt der Gegenrevolution zu zeigen, die von der Regierung beauftragt worden ist, in der Grosse ist. Diese Regierung hat, hat die Konterrevolution zu verbieten, die Bourgeoisie und die Reaktion geküßt. Eine für die günstigere Regierung kann ich die Bourgeoisie wirklich nicht wünschen, sie ist das Hauptziel für ihre konterrevolutionären Ziele.

Nicht einmal die elementarsten Maßnahmen hat die gegenwärtige Regierung getroffen. Hat sie die Kriegsanleihe annulliert? Hat sie das Volk zur Verteidigung der Revolution beauftragt? Sie hat die rote Garde verboten und dafür die weiße Garde von Weis anerkannt. Bei dem Vorschlag vom 6. Dezember sollen alle konterrevolutionären Kräfte in den Händen der Ebert und Scheidemann. Alle Offiziere und Generale, Lenin und Hindenburg, setzen sich auf den Boden der Regierung, und Grosse sagt uns, daß es eine sozialistische Regierung sei. Gerade diese Kräfte haben die Regierung verwirrt das Proletariat. Nach dem 6. Dezember mußten die Unabhängigen aus der Regierung austreten. Sie mußten die Verantwortung für das Geschehene ablehnen, um die Massen anzukämpfen und ihnen zu sagen, die Revolution ist in Gefahr. Dadurch, daß es nicht geschah, werden die Massen eingeschüchtert, und die Fortsetzung dieser Einschüchterungspolitik war die heutige Rede Grosse.

Grosse hat die Revolution der neuen Regierung aufgeführt — lauter bürgerliche Reformen, die uns beweisen, wie rückständig Deutschland war; das sind die veralteten Schulden der Bourgeoisie, keine revolutionären Erwerbungen des Proletariats, warum es sich doch gebührt hätte.

Grosse hat ferner gesagt, wir dürfen die Politik der Russen nicht kopieren, wir müssen, da Deutschland wirtschaftlich fortgeschrittener ist. Wir müssen aber von ihnen lernen. Die Bolschewisten mühten sich Erfahrungen sammeln. Wir können und die reifen Früchte dieser Erfahrungen aneignen.

Der Sozialismus ist keine Frage der parlamentarischen Wahl, sondern eine Frage der Revolution. Erst an dem Tag, an dem wir die Arbeiter wählen, die Arbeiter mit der Bourgeoisie im Klassenkampf kämpfen. Dazu muß das Proletariat ausgerüstet werden. Auf Diskussionen, auf Verhandlungen kommt es nicht mehr an. Grosse ist für die Einigung der Nationalversammlung eingetreten, aber gleichzeitig hat er die Nationalversammlung als eine Arena des politischen Kampfes an. Die Parteileitung der Unabhängigen hatte den Willen, als den Termin der Nationalversammlung festzusetzen. Die Vertreter der Unabhängigen in der Regierung sind umgefallen, indem sie sie auf den 16. Februar anberaumen.

Grosse hat das Prinzip der Demokratie gerühmt. Nun, wenn das Prinzip der Demokratie gelten soll, so doch vor allem in unserer Partei selbst. Dann aber muß sofort der Parteitag einberufen werden, damit die Massen sagen können, ob sie diese Regierung noch wollen.

Wenn die U. S. P. jetzt in Berlin bei den Wahlen eine Niederlage erleidet, so ist die wahre Ursache die Politik Grosse in der Regierung. (Stürmische Unterbrechung.) Wie verhält es sich, die Spartakusgruppe zu beschuldigen, da gerade wir am sozialistischen Genossen der Massen gerichtet haben! Hier haben hindurch haben Grosse und seine Freunde die Sozialisten belächelt, um sie mit den Scheidemanns zu machen. Und darum sind sie die wahren Schuldigen.

Grosse hat uns den Vortour machen wollen, daß wir uns der Meinung der Massen unterwerfen, weil wir die Regierung nicht anders als mit Zustimmung der Massen übernehmen werden. Wir werden und nicht unter, wir werden auch nicht ab. Sondern wir werden unsere Halbes, unsere Schwächen, demütigen. Wenn Grosse und seine Freunde aus der Regierung austreten, so werden sie dadurch die Massen aufheitern und aufklären. Wenn sie aber fortsetzen, die Regierung zu befehlen, so werden die Massen sich erheben und Grosse fortsetzen. Jetzt in der Revolution können keine Kräfte, keine Kräfte, die notwendigen Aufklärungsarbeiten leisten. Jetzt kommt es auf eine Aufklärung durch Taten an.

Ja, die Zustände in der U. S. P. sind unhaltbar, da hier Elemente vereinigt sind, die nicht zusammen gehalten werden können. Entweder ist man entschlossen, gemeinsame Sache mit den Sozialisten zu machen, oder man muß mit dem Spartakusbund gehen. Darüber sollte der Parteitag entscheiden. Aber indem wir den Parteitag fordern, haben wir jetzt bei Grosse ebenfalls unsere Ohren, wie wir sie mit der gleichen Forderung während des Krieges bei Scheidemann fanden.

Ich lege der Verhandlungsversammlung folgende Resolution vor:

- 1. Die außerordentliche Verbandssammlung der U. S. P. von Groß-Berlin am 19. 12. 1918 fordert:
- 2. den sofortigen Austritt der Vertreter der U. S. P. aus der Regierung Ebert-Scheidemann,
- 3. die Verhandlungsversammlung lehnt die Einberufung der Nationalversammlung ab, die nur dazu führen kann, die Gegenrevolution zu stärken und die Revolution um ihre sozialistischen Ziele zu betrüben.

3. Die sofortige Uebernahme der ganzen politischen Macht durch die A- und S-Räte, Entlassung der Generalverwaltung, Bewachung der Arbeiterbevölkerung, Bildung der roten Garde zum Schutze der Revolution, Auflösung des Ober-Rates der Volkseigenen Betriebe, Ausschaltung des Volksgesetzes der A- und S-Räte mit der höchsten Staatsgewalt.

4. Die Verbandsgeneralversammlung fordert die sofortige Einberufung des Parteitag der U. S. P.

Wir stehen jetzt vor einem Augenblick von weltgeschichtlicher Bedeutung, jetzt vor der Verhandlung des Zentralrats. Reine ist die Revolution schon an den Rand des Abgrundes gebracht, mit eiserner Hand muß das Proletariat sie zurückreißen. Die Regierung hat alles getan, um im Voraus dem Zentralrat der A- und S-Räte die Macht zu entwenden, sie hat die Zivilbevölkerung und das Proletariat entwaffnet, sie hat Maßnahmen getroffen, die gegen die Revolution sind und die Massen verwirrt. Dagegen gilt es mit Unerschrockenheit zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion.

Liesegang begründet eine Resolution, die vom Zentralrat einstimmig angenommen wurde:

Die Generalversammlung beschließt: Die Genossen Berlin beschließen, sich bei aller Gegnerschaft gegen die Nationalversammlung an derselben zu beteiligen und in der Agitation den Arbeitern klarzumachen, daß nur die Räteverfassung den Geist und Inhalt unseres Parteiprogramms erfüllen kann. Jedes Zusammengehen mit den Rechtssozialisten lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

Der Begründung sagt Liesegang: Wir können nicht bei den Wahlen absteigen stehen. Doch auf keinen Fall werden uns die Reden der Parlamentarier helfen. Nicht die Intellektuellen, nicht die Schriftsteller, sondern die Männer am Schraubstock wollen wir wählen in unsere Arbeiterliste, wo wir sie kontrollieren können. Das heutige Deutschland kann nur durch die Reichsregierung gerettet und die Sozialisierung der Betriebe kann niemals durch die Nationalversammlung bewerkstelligt werden. Für uns kann es kein Zusammenarbeiten mit der Richtung Scheidemann geben, denn wir können über die 14 Leichen vom 6. Dezember nicht hinweg. Wenn Haase eine Vereinigung mit den Rechtssozialisten machen wollte, so würde Haase sich allein auf weiter Flur befinden.

Da nach 33 Redner vorgemerkzt sind, so wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Holmerhaus: Die Vorgänge in der Nacht von Schwarzloß zeigen, daß der Versuch, eine Einigkeit unter den Sozialisten herzustellen, keine „Schiedung“ ist. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, ob für oder gegen die Nationalversammlung, sondern nur noch darum, ob allein oder mit allen sozialistischen Parteien für die Nationalversammlung. Die Resolution des Gen. Liesegang ist widerspruchsvoll und unbrauchbar. Geschlossen müssen die Sozialisten in den Wahlkampf ziehen.

Barth wendet sich lebhaft gegen die Ausführungen der Genossin Luxemburg. Die Forderung, die Kriegsanleihe zu annullieren, würde den sofortigen Zusammenbruch Deutschlands, den Einmarsch Russen und den Verlust des Ruhrreviers bedeuten. Wir stehen nicht und bloß da und sind die Schuldner der Entente. Ferner, wenn ich etwas vor habe, so lasse ich es nicht aus, sondern ich tue es. Was sollten auch die Spartakusleute bedenken, wenn sie die Revokation des Proletariats fordern. Im übrigen bezieht sich die Anordnung der Volkseigenen Betriebe nur auf eine Abgabe des Heresgenüts. Die Spartakusleute werfen uns vor, daß man den Truppen den Einzug in Berlin nicht verweigert habe. Sätten wir dies getan, so hätten wir die Hunderttausende von Soldaten, die noch in festen Verbänden sind, vor den Kopf gestoßen. Heute wollen die Soldaten nur nach Hause kommen, morgen aber, wenn sie wieder die Rufe unter ihren Tisch gesetzt haben werden, werden sie gewiß so denken, wie wir. Der Kampf von gestern ist nicht mehr der Kampf von heute, denn dazwischen liegt die Revolution. Keiner hat mehr für die Revolution getan als ich (laute Ironie). Waffen besorgt und unter den Soldaten agitiert. Wenn ich aber zu den Spartakusleuten gekommen bin, um sie aufzufordern, mir zu helfen, so waren gerade sie es, die erklärten, wir können das nicht. (Großer Lärm.)

Liebnecht: Barth hat eine sehr einseitige und enge Auffassung der Revolution gezeitigt, indem er von denen sprach, die die Revolution gemacht haben. Nicht von der Verteilung der Brownings hing das Schicksal der Revolution ab, sondern von der Bewegung und dem Willen der Massen. Die Massen wissen besser als die Führer, was notwendig ist. Barth sagte: So etwas tut man, aber sagt es nicht. Das sind schlechte diplomatische Redensarten. Wir fordern die Bewaffnung des Proletariats und die Entlassung der Bourgeoisie öffentlich und nicht geheim, damit die sozialistische Republik aus einer Phase zur Wirklichkeit werde, und damit die Proletarier alle Nachpostitionen an sich zu ziehen imstande sind. Barth hat ferner die Aktionen des Spartakusbundes als Handkudeln bezeichnet. Es ist ein hartes Stück für einen Volkseigenen Betrieb, gewaltige Kassenentwendungen so zu betrachten. — Wer hat das Volk in den Wahlen gewogen, das alles in Ordnung seit? Wer hat die Truppenmassen gegen den Bolschewismus aufgebracht? Die Schuldigen sind Ebert, Scheidemann usw., Haase und Barth sind mitschuldig. Die Regierung hätte für Aufklärung in den Massen sorgen müssen. Sie hätte Sendboten zu den Fronttruppen geschickt und dort das Feuer der Revolution entfachen sollen. Hätte die Regierung die Kommandogewalt abgeschafft, hätte sie die Generale nicht an ihren Plätzen gelassen, so könnten sie jetzt nicht offen mit konterrevolutionären Plänen hervortreten. Die Verdrängung der Truppen auf die Regierung bedeutet eine schroffe Abgabe an den Volksgesetz. Dagegen hat die Regierung die Macht der Vorkaufleute wieder hergestellt und sich schützend vor die Kassenstände des Kapitals gestellt, indem sie das Proletariat entwaffnete, die Bourgeoisie aber bewaffnete. Wir sehen, daß das Machtverhältnis zwischen Volksgesetz und Regierung sich völlig verkehrt hat. In dem Willen der Massen war der Volksgesetz geboren, aber Schritt für Schritt ist ihm seine Macht abgenommen worden, bis es durch das gegen ihn gerichtete Attentat vom 6. Dezember zu einer lächerlichen Figur herabfiel. Unter Mitwirkung von Haase hat die Kollit des Kabinetts dem Proletariat die Macht entzogen. Wir fordern den Austritt der Unabhängigen aus dem Kabinet. Wir rufen das Proletariat zu einer neuen Revolution auf, zu der wirklichen Revolution, die die Sozialpatrioten verschmätzen wird. (Lebhafter Beifall.)

Hauppen spricht im Sinne Liebnechts und fordert die Unterdrückung der konterrevolutionären Presse.

Ströbel: Wenn wir uns nicht an der Regierung beteiligen hätten, so hätte Scheidemann mit der Bourgeoisie zusammen eine Politik gemacht, die sich gegen das Volk gerichtet hätte. Dadurch, daß wir an der Regierung teilgenommen haben, haben wir die geistige Leitung der Revolution. Die Spartakusleute wollen nur regieren, wenn die Mehrheit des Volkes hinter ihnen steht, aber dann werden sie sehr lange warten müssen. Das Proletariat ist die Mehrheit im deutschen Volke. Es ist also nur nötig, daß es einen richtigen Gebrauch von seinem Stimmrecht macht. Zum Aufbau unseres Wirtschaftslebens brauchen wir unbedingt die Kunst der Angestellten, der Ingenieure, der Techniker usw. Die Situation Deutschlands ist so schwer, daß, wenn wir die geregelte Verwaltung bekommen, wir dem gleiche, was er gleichen Hungersnot entgegengeben, wie in England herrschen. Wir haben früher von der Arbeit gelebt und müssen auch jetzt von der Arbeit leben. Wenn wir das Volk nicht erziehen können, so werden Millionen von Menschen nach Amerika als Anwälte des amerikanischen Kapitals auswandern müssen. In wenigen Augenblicken

läßt sich der gewaltige Apparat der deutschen Wirtschaft nicht umschalten. Um den Wohlstand wieder herzustellen, brauchen wir die Nationalversammlung, die Demokratie. Die Spartakusleute verzichten nur auf negative Arbeit und wollen und hindern, positive Arbeit zu leisten. Wenn wir nicht sofort die Scheidelinie gegen links und gegen rechts ziehen, so wird die Geschichte über uns hinweggehen.

Ebert und Scheidemann wenden sich gegen Ströbel. Nicht der Stimmzettel, sondern die wirtschaftlichen Machtverhältnisse sind entscheidend, daher wird das Kapital nach wie vor seinen beherrschenden Einfluß auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung geltend machen. Der neue deutsche Parlamentarismus wird dem französischen gleichen wie ein faules Ei dem andern. Wir fordern nicht ein Zusammengehen zwischen Kapital und Arbeit auf dem Boden der Demokratie, sondern die Fortsetzung des Klassenkampfes. Und dazu brauchen wir ein Arbeiterparlament, in dem die bürgerliche Klasse nicht mehr vertreten ist. Die A- und S-Räte sind durch die Regierung unterdrückt worden. Jeder Schuldenzettel kann heute dem Arbeiter auf der Nase herumgetragen. In Mariendorf hat die Regierung dem Bürgermeister, nicht aber dem Arbeiterrat eine diktatorische Vollmacht verliehen. (Lärm.) Wir werden den Klassenkampf bis zur Vernichtung der Bourgeoisie fortführen.

Hilferding: Die Ausführungen der Genossin Luxemburg erinnern mich an einen Strömenden, dem an einem Ufer ein reiches Gefäß Tisch gesetzt wird. Der Zentralrat, der morgen zusammentritt, wird eine ganz andere Majorität zeigen, als es den Spartakusleuten lieb sein wird. Denn der erste Beschluß des Zentralrats dürfte sein, die Wahlen für die Nationalversammlung auf einen früheren als den vorgesehenen Termin zu legen. Daß die Nationalversammlung sommit, ist zweifellos. Es erscheint deshalb politisch als Zeitvergeudung, theoretisch noch lange über die Frage: Räteregierung oder Nationalversammlung? zu diskutieren. — Es ist gesagt worden, wir befänden uns in der ersten Phase der Revolution. Wenn dies aber so ist, so heißt das, auch dasjenige tun, was die erste Phase verlangt. In der ersten Phase war man aber auch in Rußland für die Nationalversammlung. Im übrigen bin ich nicht der Meinung, daß sich die Entwicklung bei uns nach russischem Vorbild vollziehen wird. Die Regierung kennt die Soldaten aber den Frieden wollten. Bei uns ist keine Regierung da, die an eine Fortsetzung des Krieges denkt. Es fehlt also an dem in Rußland vorhandenen Anlaß für die Soldaten, sich gegen die Regierung zu erheben. — Die Stimmung vom 11. November war so an und zur Teilnahme an der Regierung. Eine Weigerung hätte die Partei Scheidemann zur Koalition mit dem Bismarck getrieben, wir aber hätten die Schuld gehabt. Gewiß kann eine Situation kommen, die unsere Genossen verlangt, wieder aus der Regierung auszusteigen. Bis jetzt ist aber ein ernstlicher Anlaß dazu noch nicht dagewesen. Man mag den Scheidemannern nachsagen, was man will, aber sie sind nicht dumme, und deshalb nicht konterrevolutionär. — Es ist auch kein Anlaß zum Meinmut vorhanden, daß die Massen gegen die sozialistischen Parteien entscheiden würden. Die Revolution selbst war die beste Propaganda für uns. Wenn soviel von den ökonomischen Abhängigkeiten gesprochen wird, die die Wahl beeinflussen könnten, so ist doch nicht zu vergessen, daß wir geheime Wahl haben und jetzt unter ganz anderen Umständen als früher wählen. Es müßte ja ein Wunder sein, der sich jetzt noch durch seine wirtschaftliche Stellung beeinflussen läßt. Vor allen Dingen hat uns die Revolution eines gebracht, was eine ganz neue Situation schafft: die Verschmätzung des Militarismus. — Wir müssen für die Nationalversammlung sein. Es darf nicht heißen: ein Teil der Sozialdemokraten gab den Sozialismus preis, ein Teil die Demokratie. — Die Resolution des Zentralvorstandes ist unmöglich. An ihrer Stelle schlage ich folgende Entschlieung vor: Die Verbandsgeneralversammlung erklärt:

Die wichtigste politische Aufgabe der U. S. P. ist augenblicklich die Organisation der Massen zur Nationalversammlung. Es handelt sich darum, alle Kräfte des Proletariats aufzubieten, um den Sieg des Sozialismus über die Bourgeoisie zu erringen. Die U. S. P. betrachtet sich als die Treiberin der Revolution und als ihre vorwärtstreibende Kraft. Sie ist gewillt, alle daraus entstehenden Pflichten, wie es die Situation jeweils erfordert, sei es in der sozialistischen Regierung, sei es in entschlossener Opposition gegen jede konterrevolutionäre Bewegung zu erfüllen. Sie fordert ihre Vertreter in der Regierung auf, mit aller Entschiedenheit und ohne Rücksicht auf die Rücksichtnahme an der Sicherung und Vermehrung der revolutionären Erzeugnisse zu arbeiten.

Es folgen nunmehr, nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen ist,

Die Schlußworte

von Rosa Luxemburg und Quase, über die wir in der heutigen Abendausgabe ausführlicher berichten werden. Darauf wird unter allgemeiner Spannung zur Abstimmung über die drei vorliegenden Resolutionen geschritten. Es werden im ganzen 690 Stimmen abgegeben. Die Resolution Luxemburg erhält 166, die Resolution Hilferding 485 Stimmen. Die Resolution Scheidemann ist somit angenommen. Die 3. Resolution wird abgelehnt.

Herner wird einstimmig, in geteilter Abstimmung, angenommen, daß ein Parteitag der U. S. P. stattfinden soll. (ohne Angabe eines bestimmten Zeitpunkts). — Einmütig entscheidet sich die Verbandsgeneralversammlung ferner gegen jedes Zusammengehen der U. S. P. mit den Rechtssozialisten.

Nach dieser Abstimmung gibt Genosse Edward Bernstein einen Antrag auf Protokoll, der Verhandlungen über eine Einigung mit den Rechtssozialisten befürwortet und dessen Wortlaut wir gleichfalls in der heutigen Abendnummer veröffentlichen werden.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wird über den

Bericht der Breßlaukommission

und über die Wahl eines Chefredakteurs für die „Freiheit“ verhandelt. Genosse Dünning, der als Chefredakteur vorgeschlagen wurde, lehnt ab, da er ein Gegner der Nationalversammlung sei und infolgedessen in Widerspruch gerate zu der durch die Versammlung angenommenen Resolution Hilferding, die sich für die Nationalversammlung ausgesprochen hat. Nach einer kurzen Debatte, in der verschiedene Beschwerden gegen die bisherige Redaktion der „Freiheit“ geltend gemacht wurden und in der der bisherige Chefredakteur Gen. Dr. Hilferding seinen Standpunkt klarlegt, wird die Entscheidung vertagt.

Schluß der Versammlung gegen 5 Uhr nachmittags.

Bleibende Zentralisation der Einfuhr.

Dr. A. verbreitet eine Audienz, in der das Reichsministerium, samt die Notwendigkeit fortwährender Zentralisation der Einfuhr darlegt. Die Gründe, heißt es darin, die während des Krieges für die Zentralisation angeschlossen worden sind, bestehen auch heute noch fort. Das Verbot der Ausfuhr aus den neutralen Staaten ist noch nicht beseitigt, nur bestimmte Kontrabande sind zur Ausfuhr freigegeben, jede Ausfuhr, die außerhalb des Kontrabandes erfolgt, wird, sobald sie zur Kenntnis der neutralen Regierungen gelangt, auf das deutsche Konsulat angerechnet. Die Preisgestaltung in den neutralen Ländern ist noch demot, daß sie nicht dem freien Handel angeschlossen werden kann, weil die Preise abwärts für Deutschland infolge seines ungeheuren Bedarfs eine unerschöpfliche Quelle erreichen würden.

Was die Zentralisation der Einfuhr während des Krieges angeht, hat darüber werden folgende Zahlen gegeben: Die gesamte Friedenszufuhr im Jahre 1913 nach Deutschland

betrug an Fleisch 110 000 T., an Butter 61 000 T., an Reis 24 000 T. Die zentralisierte Einfuhr im Jahre 1916 eine Fleischzufuhr von 185 000 T., eine Butterzufuhr von 100 000 T. und 1917 eine Reiszufuhr von 27 000 T. zu erwarten.

Im übrigen ist das Reichsministerium bereit, die Zentralisation der Einfuhr, die Organisation der Zentral-Einfuhrkommission, die Entwicklung der Verhältnisse anzupassen.

Politische Nachrichten.

Einen Erlass gegen das Eingreifen von A- und S-Räten in die Zivil- und Strafrechtspflege erließ die Reichsregierung. So verdienen eine Ueberwachung der Justizverwaltung erscheinen, so sollen doch Anordnungen, nach denen außerhalb des geordneten Gerichtsverfahrens Personen wegen des Verdachts strafbarer Handlungen verhaftet und Strafgefängnisse in Freiheit gesetzt werden, die Einrichtung besonderer Volksgerichte, Kriegsgerichte oder Standgerichte, die Einführung abgekürzter Gerichtsverfahren, die Abänderung des Reichsstrafgesetzbuches, die Uebertragung der Strafgerichtsbarkeit auf andere Behörden und dergl. unzulässig.

Aus dem Kultusministerium wird mitgeteilt: Herr Dr. W. H. war als Vertrauensmann und pädagogischer Beirat des Ministers für die Nationalversammlung für die Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufen. Da sich gegen seine Wirksamkeit im Ministerium eine besonders heftige Opposition geltend machte, ist mit Herrn Dr. W. H. eine anderweitige Verwendung seiner Kraft im Dienst der Allgemeinheit vereinbart worden.

Gegen die Aufstellung von Fabrikinspektoren, Umlauf- und Entlassungsinspektoren nach der neutralen Zone und dem Operationsgebiet durch örtliche A- und S-Räte wendet sich eine Denkschrift an die Reichsregierung.

Genosse Ströbel gewährte dem Berliner Redakteur des „M. G.“ eine Unterredung, in der er der Erwartung Ausdruck gab, daß binnen kurzem die Revolution durch die Mittel der Demokratie zum Sozialismus gelangen werde. Eine plötzliche Umwälzung der Grundlagen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung würde zu keinen guten Resultaten führen. Die Behebung der Spartakusgruppe werde lächerlicherweise einerseits übertrieben, andererseits gering geschätzt. Er glaube nicht, daß seitens radikaler Elemente eine neue Revolution drohe.

Die Sozialisationskommission hörte in ihrer heutigen Sitzung die Berichte des Reichsstatistikamtes über die Monopolprojekte, die in diesem Amte bearbeitet werden, und beschloß weitere Auskünfte über sie einzuholen.

Die Waffenstillstandskommission wendet sich gegen die Behauptung des „M. G.“, daß die deutschen Delegierten in Teheran an die Entente-Vertreter das Ersuchen um Verstärkung der Besatzungstruppen gerichtet hätten.

Der gesamte Postverkehr vom besetzten nach dem nicht besetzten Gebiet und dem neutralen Ausland, sowie umgekehrt, ist gesperrt. In besonderen Fällen können Ausnahmen von der Sperrung beantragt werden. Innerhalb des besetzten linken Rheingebietes sowie zwischen diesem einerseits und Elsas-Lothringen andererseits ist der Postverkehr unbeschränkt angefallen, doch müssen gewöhnliche und eingeschriebene Briefe offen sein.

Die sofortige Einberufung einer preussischen Nationalversammlung wegen äußerster Gefährdung des Bestandes des Staates und wegen der Notwendigkeit, vor Einberufung einer deutschen Nationalversammlung die preussischen Verhältnisse zu klären, beantragte telegraphisch die Düsseldorf-Deutsche Arbeiterpartei.

Eine Arbeitstagen-Demonstration fand vor dem Gebäude des „Neuen Tagblatts“ in Stuttgart statt, während eine Abordnung auf der Redaktion scharfe Beschwerden gegen die von dem Blatte betriebene Vernehmung erhob. Auf dringenden Verlangen der Demonstranten wurde die Forderung in den Landeskarten von dem Blatte heruntergeholt.

Ueber das Verhalten der Belgier in Aachen verbreitet M. L. A. einen Bericht, der von mehreren Exzessen und Gewaltthatigkeiten Kunde gibt. Auch seien Aachen und Neufahrmannt geplündert worden. Zeitungen könnten nicht erscheinen, es herrsche Kohlenmangel, der Verkehr stode und die Arbeitslosigkeit wachse.

Die deutschen Truppen in Syrien und Armenien in Stärke von rund 10 000 Mann sind glücklich in Konstantinopel eingetroffen.

Japan und China. Japan beschloß, China keine finanzielle Unterstützung zu gewähren, um die internationalen Schwierigkeiten nicht zu vergrößern.

Gewerkschaftliches.

Der Achtstundentag und die A- und S-Räte.

Mit den Befugnissen der A- und S-Räte beschäftigt sich ausführlich der Entwurf des Achtstundentages in den Rahmenmittelsbetrieben ein Erlass des Staatssekretärs des Reichsministeriums an die dem Reichsministerium unterstellten Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften. Dieser Erlass, der im Einklang mit dem Staatssekretär des Reichsarbeitsamts ergangen ist, wurde von einigen Zeitungen unvollständig wiedergegeben. Der Erlass lautet wörtlich:

1. Bei den Betrieben, die der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung mit dringenden Bedarfsgegenständen dienen, soll eine Unterbrechung der Arbeit und eine Verringerung der Produktion vermieden werden. Der Achtstundentag soll daher in diesen Betrieben erst zur Einführung gelangen, wenn die hierzu nötige Zahl von Arbeitern beschafft ist.

2. Für die Einführung des Achtstundentages ist als Termin der 1. Januar 1918 vorgesehn. Bis dahin müssen sich die Betriebe auf den Achtstundentag einrichten; sie müssen dabei bei den Arbeitnehmern und Auszubildenden unverzüglich den Bedarf an Arbeitern anmelden. Es empfiehlt sich, auch mit den örtlichen Demobilisationskommissionen diesbezüglich in Verbindung zu treten.

3. Da durch die Demobilisierung fortgesetzt Arbeitskräfte frei werden, so ist zu erwarten, daß genügend Arbeiter rechtzeitig zu erhalten sind; sollte dies trotz aller Bemühungen nicht gelingen, so müssen die Betriebe rechtzeitig bei ihren Landesbehörden (Gewerksinspektoren) oder beim örtlichen Demobilisationskommissionen wegen Bewilligung von Ausnahmen vorstellig werden. Es ist hierbei aber an dem Grundsatze festzuhalten, daß auch die der Volksernährung und Volkserhaltung dienenden Betriebe eine Ausnahmestellung nur da und nur für die Zeit erhalten können, wo die Volksernährung gefährdet erscheint und der Arbeitsbedarf an Arbeitkräften sich nicht decken läßt. Auf die Vornahme des Demobilisationsamts vom 26. November 1916 (M. G. G. 1916) ist Bezug zu nehmen. Die Einlegung von Beschwerden gegen die Vornahme des Demobilisationsamts ist bis zum 1. Januar 1918 ausgeschlossen.

Die Betriebe sollen sich über diese Fragen mit den Arbeitern und Soldaten beraten, sondern mit den örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen und ihren örtlichen Exekutoren auszuhandeln; da, wo die Arbeiter- und Soldatenvereine Anforderungen stellen, ist unverzüglich die Mitwirkung der genannten Organisationen nachzuführen.

Die Reichsregierung hat sich mit diesen Grundsatzen, die den Vereinbarungen zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vom 15. November entsprechen, durch Scheidemann am 11. Dezember an den Staatssekretär des Reichsministeriums ausdrücklich einverstanden erklärt.